

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Koalitionsvertrag Grüne und SPD in Baden-Württemberg: eine Regierung sucht ihr Volk – S. 4*
- *Die Nato in Libyen – S. 8*
- *Hamburg/München: Stadt selbst machen! / Stadt für alle – alles für alle! – S. 12*
- *Linke Debatte 1: Thema Wirtschaftsdemokratie – S. 17*
- *Linke Debatte 2: Steag-Deal: Gelungene Rekommunalisierung oder kommunale Konzerntätigkeit? – S. 20*
- *Linke Debatte 3: Sport – Kultur – Kult – Olympia – S. 21*

Ausgabe Nr. 5 am 5. Mai 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart



Sicherungsverwahrung verfassungswidrig!

Zum heutigen (4. Mai) Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung der Sicherungsverwahrung erklärt Halina Wawzyniak, stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke:

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat die wesentlichen Regelungen zur Sicherungsverwahrung heute für verfassungswidrig erklärt. Dabei stützte es sich auf die Freiheitsrechte der Betroffenen und den Vertrauensgrundsatz. Die Linke begrüßt diese Grundsatzentscheidung der Verfassungsrichter. Mit der heutigen Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht die von der Partei und der Bundestagsfraktion der Linken in allen Debatten geäußerte Kritik an den bisherigen und den im Zuge der sogenannten „Reform“ in Kraft getretenen Regelungen zur Anordnung und Dauer der Sicherungsverwahrung bestätigt. Das Urteil ist eine vernichtende Niederlage für die Regierungskoalition, die noch im vergangenen Jahr eine Neuregelung der Sicherungsverwahrung durchgepeitscht hatte.

Ich fordere nun die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission. Der Gesetzgeber ist aufgefordert die vom Verfassungsgericht gesetzte Frist zu nutzen, um in einer seriösen Debatte eine Neuregelung der Sicherungsverwahrung zu schaffen. Diese Debatte sollte vorbei an parteipolitischen Ränkespielchen und auf hohem juristischem Niveau geführt werden.“

Gegen Vorrats-Datenspeicherung

www.heise.de, 6.4. rül. Die umstrittene Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten, die vor allem aus Polizei- und Innenministerkreisen immer wieder verlangt wird, kommt erneut unter Kritik. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat kürzlich die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung als wenig effektiv und zudem bürgerrechtlich bedenklich eingestuft. Derzeit lasse sich „zweifelsfrei keine Ausgestaltung“ der Richtlinie beschreiben, die sicher mit der Grundrechte-Charta der EU vereinbar sei, heißt es in dem vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

veröffentlichten Rechtsgutachten. Vor allem sei nicht abschließend zu beurteilen, ob weniger intensive Datenerhebungen wie das anlassbezogene „Quick Freeze“ nicht ebenso zur Bekämpfung schwerer Straftaten und der Gefahrenabwehr geeignet seien. Es habe sich zudem gezeigt, dass sich „die Erfolge der Vorratsdatenspeicherung in einem sehr kleinen Rahmen halten“, heißt es in dem Gutachten. Durch Protokollieren der Nutzerspuren habe sich die Aufklärungsquote nur „marginal“ verbessert, was laut einem anderen Rechtsgutachten des Bundestags ähnlich auch für andere EU-Länder gilt. „Zweck und Mittel stehen hier zumindest nicht in einem ausgewogenen Verhältnis“.

Migrationsbilanz negativ

rül. Der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Migration und Integration (Vorsitzender ist der bekannte Migrationswissenschaftler Prof. Bade) hat Mitte April sein neues Jahresgutachten vorgelegt (zu finden unter <http://www.svr-migration.de>). Kernbotschaft Nr. 1 darin ist: Die Bundesrepublik ist entgegen der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte in den letzten Jahren zunehmend ein Auswanderungsland geworden. Mehr als 515 000 deutsche Staatsbürger haben das Land in den 15 Jahren 1994 bis 2009 verlassen, zumeist in Hochlohnländer wie USA, Kanada, die Schweiz, Norwegen und Australien. Auch die Auswanderung in skandinavische Länder und nach Österreich nimmt deutlich zu. Deutschland sei heute ein „demografisch alterndes Migrationsland mit negativer Wanderungsbilanz“, fasst der Migrationsrat zusammen und warnt: „In einem umlagebasierten Wohlfahrtsstaat mit demografisch alternder und schrumpfendem Erwerbspersonenpotential sind ausgeglichene und sogar tendenziell negative Wanderungssalden ein gravierendes Zukunftsproblem.“ Insofern könnte die zum 1. Mai nun endlich in Kraft getretene Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus EU-Ländern wie Polen, Ungarn usw. helfen – wenn nicht die auch international bekannte Fremdenfeindlichkeit in diesem Land, ständig aktualisiert und am Leben gehalten von Leuten wie Sarrazin, Seehofer & Co, viele Arbeitskräfte aus deutschen Nachbarländern eher abhält, sich hierzulande nach Arbeit umzuschauen.

DGB zum 1. Mai: Würde von Arbeit wieder Respekt verschaffen

www.dgb.de Eine Rückbesinnung auf den Wert der Arbeit hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de



DGB-Kundgebung in Kassel. Foto: DGB

(DGB), Michael Sommer, gefordert. Auf der Hauptkundgebung zum 1. Mai in Kassel sagte Sommer, die Gewerkschaften würden nicht zulassen, dass Arbeit weiter entwertet, entrechtet und jeder Perspektive beraubt würde. Deutschland müsse „den Menschen die Würde von Arbeit und gerechten Lohn garantieren.“ Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns und die Verhinderung von Lohndumping blieben zentrale Forderungen, gerade im Hinblick auf die am 1. Mai in Kraft getretene Arbeitnehmerfreizügigkeit, kündigte Sommer an. „Es gibt leider genug Arbeitgeber in Deutschland, die auf billige Arbeit aus dem Osten hoffen, die meinen, so ihrer Pflicht zur Ausbildung oder zu einer gerechten Entlohnung entkommen zu können. Sie wollen die Menschen aus Mittel- und Osteuropa zum Lohndumping missbrauchen. Nicht zuletzt, um allgemein in Deutschland die Löhne weiter zu drücken. Der Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ muss gesetzlich verankert werden. Für Männer und Frauen, für Leiharbeit und Stammbeschaften. Das ist das Mindeste“, sagte Michael Sommer. „Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde dem ein Ende machen. Sofort. Arbeitgeber müssten die Löhne zahlen, nicht der Staat. So soll es sein. So muss es wieder werden, sagte er auf der Kundgebung, die unter dem Motto stand: „Das ist das Mindeste!“

Sommer bekannte sich zur Tarifautonomie, sagte aber auch: „Keine Tarifpolitik ist in der Lage, falsche Gesetze, fehlende Gesetze und falsche politische Weichenstellungen im Grundsatz auszuhebeln. Deswegen werden wir beides tun: Wir werden tarifpolitisch handeln und wir werden den politischen Druck erhöhen.“

Von der Gesundheitsvorsorge bis zur Rente sei es die Arbeit, die soziales

Handeln garantiere, sagte Sommer und warnte, wer den Sozialstaat angreife, die sozialen Sicherungssysteme aushöhle oder Kopfpauschalen und Armutsrenten durchsetze, der bekämpfe letztlich auch den Wert von Arbeit.

Barack Obama: Der Präsident der USA macht einen Fehler

Am 2. Mai 2011 wurde Usama bin Laden nach einer bald zehn Jahre dauernden Fahndung von einem Einsatzkommando der US-Streitkräfte nicht festgenommen, sondern an Ort und Stelle erschossen. Lediglich sein Leichnam wurde mitgenommen, unzweifelhaft identifiziert und in einem unbekannten gebliebenen Seegebiet bestattet.

Der terroristische Angriff, den Al Kaida am 11.9.2001 auf die Zentren der USA führte, sollte der Hegemonie der westlichen Industriegesellschaften einen entscheidenden Schlag versetzen. Die ins Auge gefassten Ziele waren New York als Wirtschaftsmetropole, das Pentagon als operatives Leitzentrum der Militärmacht und das Weiße Haus mit dem US-Präsidenten. Das Weiße Haus wurde nicht getroffen, das Pentagon nur beschädigt. Das New-Yorker World-Trade Center wurde tödlich getroffen, nicht jedoch der Welthandel. Gleichwohl waren die Folgen verheerend. Denn die Staaten der modernen, auf internationale Arbeitsteilung eingestellten Welt ziehen ihre Existenzberechtigung aus der Garantie sicherer Rahmenbedingungen des Wirtschaftens und der Lebensplanung. Der von Al Kaida organisierte terroristische Angriff traf das Vertrauen der Welt in diese Fähigkeit der Staaten, Sicherheit zu gewährleisten. Die Nato-Staaten unternahmen gewaltige Anstrengungen, um ihre Geltung als Vor- und Übermacht wieder herzustellen. Der Afghanistan-Krieg, der zweite

Irak-Krieg und die damit verflochtenen offenen und verdeckten Kampfhandlungen haben die Wirtschaftskraft der USA enorm strapaziert.

Der terroristische, rücksichtslose und selbst unter Kriegsrecht verbrecherische Angriff vom 11.9.2001 zielte direkt auf die Machtzentren des Gegners. Jedoch konnte Al Kaida diese Art der Kriegführung nicht fortführen. Die Anschläge, die folgten – und es waren viele und grausame –, sollten demonstrieren, dass die betroffenen Staaten nicht in der Lage wären, U-Bahn-Fahrgäste, Touristen, Besucher von Vergnügungszentren oder von heiligen Stätten jederzeit zu schützen, dabei wird der jeweilige Staat selbst nur indirekt getroffen. Die mit dem Namen von Al Kaida und Usama bin Laden verbundene Strategie des direkten Angriffs auf Machtzentren blieb singulär. Das ist ein Grund für die verblassende Bedeutung Usama bin Ladens als politische Figur. Ein anderer Grund findet sich im Gang der wirtschaftlichen Ereignisse. Schwellenländer wie die Volksrepublik China – aber auch politisch ganz anders geordnete Staaten wie Indien oder Brasilien – haben die Auseinandersetzung mit der Hegemonie der westlichen Militärmächte als wirtschaftlichen Wettbewerb aufgenommen und dabei Erfolge erzielt, indem sie eine militärische Konfrontation mit den Nato-Staaten zu vermeiden verstanden. Der von bin Laden beschrittene Weg des lebensverachtenden Terrors wird vor diesem Hintergrund als kontraproduktiven Methode deutlich, es gibt andere Antworten auf die Herrschaftsansprüche der im Nato-Bündnis organisierten Westmächte.

Gerade in diesem Kontext ist es von augenscheinlich großer Bedeutung, dass sich Staaten wie die USA und ihre Verbündeten auf die Auseinandersetzung per Wettbewerb einlassen. Gerade wenn sie als Staaten das Gewaltmonopol ausüben, müssen sie die Menschen- und Bürgerrechte auch jener respektieren, die diese Rechte nicht gelten lassen wollen.

Wie es scheint, hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, den Schlag gegen Usama bin Laden persönlich geleitet. Wenn es möglich war, bin Laden fest- und mitzunehmen, um ihn vor ein Gericht zu stellen, dann lässt seine Erschießung durch Sondertruppen einen Trend der Staatsentwicklung hin zum Totalitären befürchten. Denn selbst in einem Staat, der wie die USA die Todesstrafe noch ausübt, steht es der Exekutive nicht zu, Todesurteile zu fällen und zu vollstrecken. Obamas Vorgehen hat die ohnehin schwache Chance der Weltgesellschaft, Gegensätze wettbewerblich statt vernichtend auszutragen, gemindert. Nicht entscheidend, aber deutlich.

Martin Fochler

Eine Regierung sucht ihr Volk

Nächste Woche, am 12. Mai, findet im baden-württembergischen Landtag die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten statt. Die 24,2-Prozent-Partei die Grünen mit 36 Abgeordneten hat mit der 23,1-Prozent-Partei SPD und deren 35 Abgeordneten einen Koalitionsvertrag ausgehandelt. Winfried Kretschmann von den Grünen soll ins Amt gewählt werden. Die 39,0-Prozent-Partei CDU mit 60 Abgeordneten und die 5,3-Prozent-Partei FDP mit 7 Abgeordneten werden danach in der Opposition verbleiben.

Die Zahlen deuten auf ein Problem: sowohl Grüne als auch SPD sind Minderheiten im Land; der bürgerliche Konservatismus, wie ihn die CDU repräsentiert, bleibt stärkste, wenn auch nicht mehr bestimmende Kraft (alleinbestimmend mit mehr als 50% der Wählerstimmen war die CDU übrigens nur in 12 Jahren ihrer 58 Jahre währenden Regierungsbeteiligung). Die eigentlich „normale“ Koalition – die stärkste Partei stellt den Ministerpräsidenten und koalitiert mit einer anderen Partei, die dazu passt – kam nicht zustande: Kernkraft und das Verkehrsprojekt Stuttgart 21 haben die Zusammenarbeit von Union und Grünen unmöglich gemacht. Bei der SPD war die Situation nicht so eindeutig. Wäre etwa die Linke in den Landtag gekommen und für eine grün-rote Regierungsbildung nötig gewesen, hätte sich die SPD wahrscheinlich für eine Koalition mit der CDU ausgesprochen.

Trotz dieser Ausgangssituation sind sich Grüne und SPD sicher, dass sie mit dem Koalitionsvertrag eine Grundlage für eine stabile Regierung gefunden haben. Sie gehen davon aus, dass die erste Hürde, die Wahl des Ministerpräsidenten, genommen wird. Schließlich habe man sich außer auf „Mappus weg“ auch auf Regierungsziele verständigen können. Im strittigsten Punkt, dem Bau des Bahnhofs in Stuttgart und der Neubaustrecke der Eisenbahn von Stuttgart nach Ulm, sei wenigstens das Verfahren, wie entschieden wird, einvernehmlich.

Und für die SPD wichtig, die ja immer noch die Option einer Koalition mit der CDU hat: Die Grünen stellen zwar den Ministerpräsidenten, aber die SPD hat zwei Ministerien mehr und besetzt alle „harten“ Ressorts: Finanzen und Wirtschaft; Soziales und Arbeit; Innenministerium; Justizministerium, Kultusministerium; Bundesrat und Europa sowie das neugeschaffene Ministerium für Integration. Die Grünen bekommen das Staatsministerium, das Verkehrsministerium; Umwelt, Klima

und Energiewirtschaft; Wissenschaft, Forschung und Kunst; ländlicher Raum und Verbraucherschutz; dazu neu eine Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung.

Bei der Besetzung der Ministerposten (vor allem Männer) kommt es wie immer in solchen Fällen zu Enttäuschungen. So etwa soll Winfried Hermann Verkehrsminister werden, der grüne Bundestagsabgeordnete aus Tübingen; dagegen wird der Bahnhofsbekämpfer Werner Wölfe aus Stuttgart leer ausgehen. Dennoch wird auch das vermutlich nicht zu so vielen Abweichern führen, dass die Wahl des Ministerpräsidenten scheitern wird.

Alle Punkte des 94seitigen Koalitionsvertrags in den Umschlagsfarben Grün-Rot und dem Titel „Der Wechsel beginnt“ vorzustellen, ist hier nicht möglich; der Augenmerk gilt dem, wie die künftige Regierungsparteien ihre Ausgangslage, die mit hohen Risiken verbunden ist, in Richtung dauerhafte Etablierung ändern wollen.

Begrenzte Laufzeit?

Beim Thema Stuttgart 21 sind beide Varianten durchaus riskant. Die SPD hat sich zusichern lassen, dass eine Volksabstimmung über die finanzielle Beteiligung des Landes am Umbau des Stuttgarter Bahnhofs stattfindet auf Basis der Landesverfassung. Das heißt, ein Drittel aller Stimmberechtigten müsste für eine Beendigung stimmen, das sind rund 2,5 Millionen – zum Vergleich: die Grünen hatten bei der Landtagswahl 1,2 Millionen Wähler. Außerdem müssen in einem solchen Volksentscheid die Ausstiegskosten beziffert werden, und die scheinen nicht unbeträchtlich, die Bahn spricht von 1,5 Milliarden Euro. Allein die Rückabwicklung der Grundstücksverkäufe an die Stadt Stuttgart würde etwa 800 Millionen Euro erfordern. Kaum vorstellbar, dass sich eine Mehrheit bei einer Volksabstimmung dafür finden lässt. Verlieren aber die Grünen die Abstimmung und verlassen deswegen die Regierung, weil ihr Verkehrsminister den Bahnhofsumbau nicht umsetzen will, kann die SPD mit der CDU koalieren, zumal wenn diese mit neuem Personal antritt und zum Ausstieg aus der Kernkraft bereit ist. Das waren die Punkte, weswegen die SPD eine Koalition mit der CDU ausgeschlossen hatte.

Die Grünen versuchen einen Volksentscheid zu vermeiden. Sie haben sich zusichern lassen, dass bei 4,5 Millionen Euro Baukosten Schluss ist. Mit einem grünen Verkehrsminister, zumal vom Zuschnitt „Winne“ Hermanns, hoffen

sie darauf, die Bahn AG mit Kostenrechnungen und zusätzlichen Anforderungen an den Umbau („Stresstest“) zum Ausstieg aus dem Projekt zu treiben. Das würde die grünen Aktien in die Höhe treiben – ein Projekt aus einer Minderheitenposition heraus zu kippen, ließe sie als Kraft erscheinen, die Wunder vollbringen kann. In diesem Fall wäre die SPD düpiert, denn ein Koalitionsausstieg in Richtung Union wäre kaum noch möglich.

Anlauf nehmen für die Bundestagswahl

Für die Grünen wäre aber ein Scheitern der Koalition wegen Stuttgart 21 nicht das Ende ihres politischen Aufschwungs. Auffällig ist die Agitation gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung in zahlreichen Punkten des Koalitionsvertrags. Ob bei dem Ausstieg aus der Kernenergie oder bei der Verkehrspolitik die Kritik am Bund wiederholt sich und Verfassungsklagen, Bundesratsinitiativen usw. werden angekündigt. Das liest sich eher wie ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Für die Grünen ist die Regierungsübernahme in Baden-Württemberg ein Etappenziel auf dem Weg zur Macht im Bund. Sie setzen darauf, dass die gesellschaftliche Diskussion um den Umbau der Energieerzeugung vor allem ihnen zu Gute kommt und die jetzt hohen Umfragewerte sich in Wählerstimmen ummünzen lassen. Selbst wenn jetzt Kanzlerin Merkel die Führung beim Ausstieg aus der Kernenergie übernimmt, beanspruchen die Grünen, dass das ja eigentlich nur auf ihren Druck hin geschehe – ob das zur Wählermobilisierung ausreicht, wird sich zeigen. Die Linke hatte jedenfalls nur begrenzte Zeit davon profitiert, dass sich die „Anderen“ bei sozialen Themen angeblich wegen Drucks von links bewegt haben.

„Gemeinschaftsschule“?

Den vielleicht größten gesellschaftlichen Umbau strebt die künftige Landesregierung im Schulwesen an, angesichts der Mehrheitsverhältnisse ebenfalls nicht ohne Risiko. Im Koalitionsvertrag sind enthalten: Abschaffung der Schulartempfehlung nach der Grundschule, die Eltern sollen entscheiden, ob das Kind auf die Haupt-, Realschule oder das Gymnasium geht. Schulversuche mit Unterricht in allen Schularten bis zum 10. Schuljahr werden erlaubt, das sind die sogenannten Gemeinschaftsschulen. Neben dem achtjährigen Gymnasium (2004 eingeführt) soll auch wieder als Schulversuch das neunjährige Gymnasium

erlaubt werden. Diese angebliche Stärkung des Elternwillens, die „Schule von unten“, birgt starke Risiken für die öffentlichen Schulen und kann in der Praxis zu einer sozialen Selektion nach Wohnort und Elternschaft führen.

Trotz Schulempfehlung aufs Gymnasium gehen, das werden vor allem Akademikerkinder. Untersuchungen in Bundesländern, die keine Schulempfehlung haben, legen nahe, dass Nicht-akademikerkinder eher vom Besuch von Gymnasium oder Realschule abgehalten werden. Die Empfehlung des Lehrers wirkt hier unverbindlicher.

Für die Vermutung, die öffentlichen Schulen werden durch die neue Landesregierung eher geschwächt zugunsten weltanschaulich geprägter Schulen, spricht leider einiges. Auf einen Proteststurm der Lehrergewerkschaften stieß die Ankündigung,

dass Lehrerstellen wegen der rückläufigen Schülerzahlen abgebaut und die freiwerdenden Haushaltsmittel in den Schuldenabbau fließen werden. Diese Formulierung findet sich daraufhin zwar so nicht mehr im Koalitionsvertrag, aber in der Sache hat sich nichts geändert, wenn es heißt: „Zur Finanzierung der hierfür notwendigen Mehrausgaben (für Ganztagsbetreuung u.ä.) werden wir Haushaltsmittel verwenden, die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werden.“

Der Verband der Privatschulen Baden-Württemberg begrüßte das Schulkonzept: „Der VDP begrüßt das von der designierten Landesregierung vorgestellte Schulkonzept. Jan Schlimgen, VDP Geschäftsführer: Auf keinen Fall dürfe den Schülern, Eltern und Lehrern jedoch ein Schulsystem aufgezungen werden. Vielmehr geht es um

den Erhalt und Ausbau einer vielfältigen Bildungslandschaft in einer pluralen Gesellschaft.“ Auch mit einem weiteren Punkt im Koalitionsvertrag dürften die Privatschulen, insbesondere die Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen, zufrieden sein. Die letzteren waren vehement mit ihrer Forderung nach Erhöhung der Zuschüsse aufgetreten und gingen gerichtlich vor. Im Koalitionsvertrag wurden sie bedacht: „Die Schulen in freier Trägerschaft sind eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Schulwesens. In den nächsten Haushaltsjahren werden wir deshalb die gerechte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft im Dialog mit den Verbänden umzusetzen.“

Der landesweite Trend zu Privatschulen dürfte damit zunehmen, 2008 waren es landesweit rund acht Prozent aller Schülerinnen und Schüler. In den

Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen in Baden-Württemberg

Die Privatschulen sind keineswegs „Initiativen des freien Elternwillens“, sondern ausschließlich eng verbunden mit weltanschaulichen Institutionen, den christlichen Kirchen oder der Anthroposophie. Wie die Schulen der christlichen Kirchen und die Schulen der sogenannten Reformpädagogik gehören die anthroposophischen Schulen dem Verband der Privatschulen Baden-Württemberg an. Sie selber sind organisiert in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Walddorfschule in Baden-Württemberg e.V.

Das sind 56 Schulen mit rund 23 800 Schülern. Im Gegensatz zu den kirchlichen Schulen und den Schulen der Reformpädagogik sind die Waldorf- und Rudolf-Steiner-Schulen keine staatlich anerkannten Schulen. Staatliche anerkannte Schulen müssen nach den staatlichen Lehrplänen unterrichten und bieten die gleichen Abschlussprüfungen an wie staatliche Schulen. Die Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen haben eigene Lehrpläne, die in der Öffentlichkeit meist mit positiv besetzten Vokabeln vorgestellt werden: „Waldorfpädagogik fördert neben der Erkenntnisfähigkeit Wahrnehmung, Kreativität, Initiative und Verantwortungsbewusstsein. In den Mittelpunkt ihrer Erziehung stellt sie die Würde des Individuums. Damit zielt sie auf die Inklusion und Integration aller ihr anvertrauten Kinder ab. Sie veranlagt [ein merkwürdiger Begriff, heute normalerweise nur noch im Steuerrecht gebräuchlich, alk] durch das breite Unterrichtsangebot wesentliche Schlüsselqualifikationen wie Erkenntnisfreude und Kompetenz, Aufgeschlossenheit, Toleranz, Teamfähigkeit, Eigenständigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Handlungsbereitschaft.“ Dazu komme, dass es keine

Zeugnisse und kein Sitzenbleiben gibt.

Hintergrund der Lehrpläne ist aber die esoterische Religion von Rudolf-Steiner: Etwas verschlüsselt liest sich das so: „Ein entscheidendes Prinzip des Lehrplans an Waldorf- und Rudolf-Steiner-Schulen liegt in der Abstimmung der Unterrichtsinhalte und Unterrichtsformen auf die Prozesse kindlichen Lernens und die Stufen menschlicher Entfaltung in Kindheit und Jugend. Der Unterricht ist von Schulbeginn an auf das Ziel innerer menschlicher Freiheit hinorientiert.“ Oder etwas deutlicher bei der Abwehr staatlicher Aufsicht über Lerninhalte und Methoden:

„Als Freie Schulen haben die Waldorfschulen die hierarchisch organisierte Außenlenkung der staatlichen Schulen durch eine freiheitliche Verfassung ersetzt. Die Selbstverwaltung erfolgt durch Eltern und Lehrer gemeinsam und stellt ein sehr zukunftsorientiertes soziales Erfahrungsfeld dar. Die pädagogische Leitung wird von der wöchentlichen Lehrerkonferenz wahrgenommen, an der alle Lehrer gleichberechtigt mitwirken. Das Bemühen um das Verständnis des Menschen, seiner Lebensgesetze und um Fortentwicklung der Pädagogik auf der Basis der anthroposophischen Geisteswissenschaft bildet die gemeinsame Grundlage.“ Als Beispiel sei der „Lehrplan“ für Klasse 1 aufgeführt: „Gestaltendes Lernen: Vom Formenzeichen zu den Buchstaben; vom Rhythmus zu den Zahlen; Märchen als Nahrung für die Seele usw.“

Nun behaupten die Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen, sie würde ja gar nicht die Inhalte der Anthroposophie den Kindern und Jugendlichen vermitteln, das sei entsprechend dem anthroposophischen Entwicklungsstufenmodell

gar nichts für Kinder, sondern nur für Erwachsene. Das trifft schon zu, aber die Vermittlungskette läuft über die Lehrkräfte: sie sollen durch ihr Beispiel die Kinder formen und prägen, und die Lehrer müssen die anthroposophische Lehre anerkennen.

Hier kann nicht ausführlich auf die „anthroposophische Geisteswissenschaft“ eingegangen werden, wie sie Rudolf Steiner Anfang der 1900er Jahre entwickelt hat.

Es ist eine Mischung aus Versatzstücken von Goethes Naturlehre, buddhistischer Karmalehre und verschiedener Sekten, die damals versuchten Religion und moderne Naturwissenschaft in Übereinstimmung zu bringen, in dem der Natur eine „Seele“ zugesprochen wurde, hinter der eine Geist(er)welt steckt, die der Eingeweihte erkennt.

Die Figur des Eingeweihten macht den undemokratischen Charakter der anthroposophischen Religion aus. In den Anfangsjahren war diese Lehre dem offenem Rassismus zugeneigt: die indogermanische Rasse sei eine Wurzelrasse, die Schwarzen minderwertig usw. Das wird inzwischen als „zeitbedingt“ abgetan, geblieben ist aber das elitäre Bewusstsein.

Zu realen Lebens- und Geschäftswelten ausgebaut wurde die Steiner-sche Ideologie beim biodynamischen Landbau (Demeter), bei dem mit Mond- und anderen Geisterkräften der herkömmlichen Landwirtschaft der Kampf angesagt wird. Diese Art der Agrarwirtschaft hat mit dem Weleda-Konzern und ähnlichen Firmen eine Verlängerung zu Medizin und Körperpflege gefunden. In der Partei Die Grünen schließlich findet die Steiner-Religion eine politische Repräsentanz. Das heißt nicht, dass alle Grünen Steiner-Anhänger sind, aber vor allem in Baden-Württemberg stellen sie einen bedeutenden Parteiflügel.

Städten ist der Anteil deutlich höher: In Stuttgart sind es in diesem Schuljahr 17,2 Prozent, mit zunehmender Tendenz; im Vorjahr waren es 16,8 Prozent aller Schüler.

Dagegen wird das sogenannte duale System der Ausbildung, die Verknüpfung von beruflicher und schulischer Ausbildung, im Koalitionsvertrag geschwächt. Die alte Landesregierung hatte die Werkrealschule als zehntes Schuljahr der Hauptschule einführen wollen, mit einer engen Verknüpfung in Richtung berufliche Bildung. Ein Teil des Unterrichts sollte an den Berufsschulen stattfinden und so die Berufsorientierung der Jugendlichen erleichtern. Die künftige Regierung will die Werkrealschulen nicht einführen; statt einer „spezialisierten Berufsorientierung“ solle „eine breite berufliche Orientierung“ an der Hauptschule stattfinden. Nun mag das Konzept Werkrealschule viele Mängel gehabt haben, aber dass zugleich die Berufsorientierung über Bord geworfen wird, kritisiert der Präsident der Handwerktstag, Joachim Möhrle. Er beklagt, dass insgesamt die Möglichkeiten der dualen Ausbildung an den Schulen zu wenig vermittelt würden.

Autoland Baden-Württemberg

„Ökologische und soziale Modernisierung bringt wirtschaftliche Dynamik“, heißt es im Koalitionsvertrag. Aber die vorgestellten Projekte schließen nicht an bei der vorhandenen Infrastruktur. Das meiste sind Schlagworte: „dialogorientiert“, „mutige Schritte“, „Zukunftsfelder“, „Diversifikation“, „Green IT“ – aber wie das mit dem Maschinenbau und der Fahrzeugindustrie, die heute die wirtschaftlichen

Schwerpunkte in Baden-Württemberg bilden, zusammenhängt und daraus entwickelt werden kann, da herrscht Fehlanzeige. Vielleicht auch besser so, denn bundesweit bekannt und verspottet wurden die Äußerungen des designierten Ministerpräsidenten Kretschmann über zu viele und die falschen Autos. Nach entsprechender Kritik der sozialdemokratisch orientierten Betriebsräte von Daimler und Porsche rüddelte Kretschmann dann auch zurück: „Es bleibt beim alten Dienstwagen, ich glaube das ist ein Daimler.“

Die Industrieverbände jedenfalls waren über den Koalitionsvertrag ebenso wenig empört wie die Gewerkschaften – die Organisationen von Kapital und von Arbeit wissen, dass wirtschaftliche Innovationen nicht von der Politik gemacht werden.

Sonst noch: Wählerbindung stärken

Der Koalitionsvertrag enthält an vielen Stellen Zusagen und Versprechen an die zahlreichen Wählerschichten der Grünen. Zum Teil jahrzehntelang ins Abseits gestellte Minderheiteninteressen finden dort jetzt eine Berücksichtigung, angefangen von der Förderung des Bio-Landbaus und einem Tierschutzbeauftragter bei der Landesregierung über geschlechterdifferenzierende Medizin mit entsprechenden Beratungsstellen bis hin zu gleichen Pflichten und Rechte für Lesben und Schwule.

Die SPD hat gewerkschaftliche Forderungen nach Mindestlöhnen, gegen Leiharbeit und für ein Tariftreuegesetz untergebracht; Interessen, die bei der bisherigen Landesregierung ebenfalls keine Berücksichtigung fanden.

Alfred Küstler

dem Westen höriges Protektorat wie im Kosovo oder im Irak zu errichten.

Das Versprechen eines baldigen Abzugs ist und bleibt Schwindel. (...) Die Bundesrepublik gibt in diesem Jahr 31,6 Milliarden Euro für das Militär aus, nach SIPRI-Kriterien sind es noch 50% mehr. Der Militärhaushalt ist sechsmal so hoch wie der Etat ‚Familie, Senioren, Frauen und Jugend‘ und zwanzigmal so groß wie der Haushalt für ‚Umwelt und Reaktorsicherheit‘!

Die Bundesrepublik schickt ihre Bundeswehrsoldaten mittlerweile in neun Länder in den Krieg. Die BRD ist damit der drittgrößte Truppenentsender der Welt.

Angeblich ist kein Geld da

Wenn es um die Erhöhung der Renten oder der Hartz IV-Sätze geht, ist angeblich kein Geld da. Die Renten werden nach einer Nullrunde im Vorjahr jetzt zum 1.7. um üppige 1% erhöht, das bedeutet angesichts Preiserhöhungen und Sozialabbau einen realen Rentenverlust von 8,3% seit 2004, d. h. den Verlust einer kompletten Monatsrente...

Wenn Sozialleistungen gekürzt, wenn Büchereien und Museen geschlossen werden, liegt das an angeblich fehlenden staatlichen Mitteln – aber für Krieg in aller Welt und Rüstungsprojekte ist genug Geld da. (...)

Für das Projekt Eurofighter gibt die BRD 23 Milliarden Euro aus. Das bedeutet eine direkte Umverteilung unserer Steuergelder in die Taschen der Rüstungskonzerne. Für dasselbe Geld allein aus diesem einen Rüstungsprojekt könnte man 216 000 Sozialwohnungen bauen oder 1.780 Berufsbildungszentren. ...

Und den nächsten Schwindelanfall erteilte den Rüstungsminister, als er das Märchen erzählte, die Bundeswehrreform würde Geld sparen. Die Umwandlung in eine Berufsarmee brachte z. B. in Spanien Personalkostensteigerungen von 9%, in Frankreich von 7%. Hier geht es in Wirklichkeit um die Umwandlung der Bundeswehr in eine Armee, die nicht mehr der Landesverteidigung, sondern der Aggression in aller Welt dienen soll, und das kostet Milliarden. (...)

Auch Hamburg ist ein bedeutender Militär- und Rüstungsstandort und wichtiger Umschlagsplatz für Rüstungsexporte. Die Forderungen der Friedensbewegung lauten: Keine Rüstungsproduktion in Hamburg! Keine Rüstungsexporte und Atomtransporte über Hamburg!

Durch Konversion Arbeitsplätze sichern

Die Gewerkschaften wären gut beraten, statt Lobbyarbeit für neue Rüstungsaufträge alle Anstrengungen zu unternehmen, durch Konversion Arbeitsplätze zu sichern. Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung ist dann nicht mit dem

Ostermarsch in Hamburg am 23.4.2011

Die neue Devise heißt: „Tod für die Welt“!

HAMBURG. Mehrere zehntausend Menschen haben sich in diesem Jahr bei den Ostermärschen der Friedensbewegung gegen Krieg und Atom und für mehr ziviles und politisches Engagement bei Konflikten eingesetzt. Das „Netzwerk Friedenskooperative“ nannte dies „ein Weckruf für die Politik“. In Hamburg haben über tausend Menschen teilgenommen. Wir dokumentieren hier die Ansprache von Wolfgang Erdmann, IG Metall, Mitglied des Betriebsrates der Firma Jungheinrich AG Norderstedt / Technik.

– Karl-Helmut Lechner

„Liebe Ostermarschiererinnen, liebe Ostermarschierer! Ich möchte beginnen mit einem Zitat: ‚Den Frieden der Welt! Nie ist mehr darüber geredet und nie weniger dafür getan worden als in unserer Zeit; nie hat es mehr falsche Propheten gegeben, nie mehr Lügen, nie mehr Tod, nie mehr Zerstörung ... und nie mehr Tränen als in unserem

Jahrhundert, dem zwanzigsten, dem des Fortschritts, der Technik, der Zivilisation, der Massenkultur und des Massenmordens.‘ So beginnt ein Roman von Erich Maria Remarque, der geprägt war vom Grauen des Ersten Weltkrieges.

Haben die Menschen in Deutschland denn nichts gelernt aus den Weltkriegen?

Die Menschen offenkundig schon. Denn die Umfragen besagen, dass etwa 70% der Bundesbürger den Kriegseinsatz in Afghanistan ablehnen. Aber der Bundestag stimmte am 25.3.2011 erneut (zum zwölften Mal) für eine Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes durch AWACS. Abgesehen davon, dass es pervers ist, vorzugeben eine Demokratie schaffen zu wollen und gleichzeitig einen Polizeistaat / ein Militärregime zu errichten. Das Ziel ist es, in dieser geostrategisch wichtigen Region ein

Verlust von Arbeitsplätzen verbunden, wenn an deren Stelle technologisch ähnlich strukturierte Güter des öffentlichen Bedarfs hergestellt werden, wie diverse Studien beweisen. Dafür gibt es auch hier in Norddeutschland positive Beispiele: Wenn bei Schließung von Bundeswehrstandorten mit staatlicher Unterstützung Wohnsiedlungen, Hochschulen und Gewerbegebiete entstanden, dann war das zum einen eine sinnvoll-friedliche Entwicklung und zum anderen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden.

Umsatz und Profit lassen sich natürlich gewaltig steigern durch Rüstungsexporte. 70% der deutschen Rüstungsproduktion geht ins Ausland. Zu den Verkaufsschlagern zählen Panzer, U-Boote, Flugzeuge, Granatwerfer und Sturmgewehre, jedes zehnte Rüstungsgut auf der Welt kommt aus Deutschland! Den Praxistest für neue Waffen ermöglicht Afghanistan; für jedes neue System wird mit erfolgreichem Einsatz in Afghanistan geworben. So etwas gab es schon einmal in der deutschen Geschichte, als deutsche Waffen vor dem Zweiten Weltkrieg in Spanien an der Seite der Faschisten erprobt wurden.

Die Rüstungsindustrie macht permanent Druck für mehr Rüstungsaufträge, denn diese bedeuten sicheren Umsatz und Gewinn. Bei EADS z. B. erbrachte laut „Handelsblatt“ vom 29.3.2011 der zivile Airbus-Bereich in 2010 eine Rendite von 1%, der Rüstungsbereich von 7,7%.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI meldete im März 2011, dass Deutschland seine Rüstungsexporte in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt hat (insgesamt 12,3 Milliarden Dollar) und nun auf Platz 3 in der weltweiten Rangliste der Rüstungsexporteure steht. Das ist ja wohl die schändlichste Bronzemedaille, die Deutschland je belegt hat.

Und bei den von der Bundesregierung (egal ob rot/grün, schwarz/rot, oder schwarz/gelb) genehmigten Rüstungsausfuhrgenehmigungen wird nach und nach jegliche Hemmung fallengelassen zugunsten der ‚Händler des Todes‘, was die Lieferung in Krisengebiete angeht: Afghanistan, Angola, Indien, Pakistan, Türkei, Israel, Saudi-Arabien, Ägypten, Libyen usw. In Sonntagsreden begrüßt man den ‚demokratischen Wandel‘ – zuvor jedoch hat man keine Skrupel gehabt, als Hoflieferant die Diktatoren aufzurüsten mit allem, was zum Krieg, auch gegen die eigene Bevölkerung, gebraucht wird. Die neue Devise heißt nicht mehr ‚Brot für die Welt‘, sondern ‚Tod für die Welt‘!

Und das ‚Handelsblatt‘ berichtete im März: ‚Die Bundesregierung arbeitet derzeit an mehreren Vorhaben, die die Ausfuhr von Rüstungsgütern erleichtern werden. ... Deutsche Rüstungs-



Foto: Edda Lechner

konzerne dürfen auf steigende Gewinne aus Exporten hoffen.'

‚Unsere Freiheit wird am Hindu-kush verteidigt‘ und ‚Atomkraftwerke sind sicher‘, das sind die dreisten Lügenmärchen, um die Bevölkerung zu verdummen – und um weiterhin wirtschaftliche Macht zu erhalten und Höchstprofite abzusichern.

Export von AKW-Technologie verhindert die Nichtverbreitung von Atomwaffen

Für die Brennstoffversorgung der Atomkraftwerke und die Aufarbeitung ihres radioaktiven Abfalls sind weltweit Anlagen in Betrieb, in denen auch Atomsprengköpfe erzeugt werden können. Länder, die AKW-Technik beherrschen, sind mögliche Atomwaffenmächte. Der Export von AKW-Technologie verhindert die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Die Ostermarschbewegung hat seit ihrem Entstehen vor über 50 Jahren eine zentrale Forderung: ‚Kampf dem Atomtod‘, also: Atomwaffen abschaffen! Und dazu gehört natürlich auch: ‚Atomkraftwerke abschalten‘!

Wenn Eigentum missbraucht wird, um Völker mit Krieg zu überziehen, um Völker unter die Geißel atomarer Verseuchung zu stellen, dann gehört dieses Eigentum abgeschafft bei demokratischer Kontrolle und Entscheidung durch die Bevölkerung. Die Privatisierung gehört abgeschaltet! Das Gemeinwohl, die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur gehören in öffentliche Hand und nicht unter die Fuchtel der Profitinteressen.

Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern

Gewerkschaften und Friedensbewegung dürfen eines nicht aus den Augen verlieren: Die Weltwirtschaftskrise 1929 endete im Zweiten Weltkrieg; auf dem Nährboden wirtschaftlicher Not wuchsen Nationalismus, Rassismus

und die Kriegsbereitschaft zur Erreichung faschistischer Ziele. Jetzt haben wir die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 1929. Der Neoliberalismus mit seiner menschenverachtenden Lösung ‚Der Markt wird es schon richten‘ hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren – Aber: die Politik des Neoliberalismus herrscht nach wie vor, die Verantwortlichen für die Krise sitzen weiterhin am Ruder der Macht. Und die Spekulation geht munter weiter: jetzt sind es nicht mehr die Immobilien, sondern nun geht es um Rohstoffe, Nahrungsmittel und Währungen. Zur Absicherung von Sozialabbau, Atomwirtschaft, Aufrüstung und Kriegspolitik wird der Überwachungsstaat weiter ausgebaut, werden demokratische Rechte eingeschränkt und die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern ausgeweitet. Die 2006 neu geordnete zivil-militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr mit örtlichen Behörden bereitet solche Einsätze vor. Die Bundeswehr wirkt als Ordnungsmacht bei Sportereignissen (Fußball-WM 2006), beim Papstbesuch, bei der Münchner Sicherheitskonferenz oder bei Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm; es geht auch darum, die Bevölkerung an ihren Aufmarsch im Inneren zu gewöhnen – so wie man es seit 1990 systematisch praktiziert hat bei Bundeswehreinsätzen im Ausland.

Aber: Die Menschen sehnen sich nach sozialer Sicherheit, nach einer Zukunft ohne Atomwaffen und Atomkraftwerke, nach friedlichem Zusammenleben und friedlicher Beilegung von Konflikten. Eine andere Welt ist notwendig und machbar. Thomas Mann hat einmal geschrieben: ‚Der Krieg ist nichts als Drückbergerei vor den Aufgaben des Friedens!‘.

Daher: Schluss mit dieser Drückbergerei, lasst uns weiter energisch streiten für den Frieden!“

Die Nato in Libyen

Nach neusten Meldungen plant die Muslim-Bruderschaft in Ägypten die Gründung einer Partei, die für Christen, namentlich die in Ägypten große Gemeinschaft der Kopten offen sein soll und die Mitgliedschaft von Frauen zulässt. Das kann als Anzeichen gelten, dass sich nach der Türkei nun auch in Ägypten konservative Teile der Bevölkerung für eine Entwicklung von Industrie und Gewerbe interessieren und in der militärisch geprägten Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ein Hindernis sehen und einen Verfassungsstaat mit garantierten Bürgerrechten anstreben. Wie diese Verfassung aussehen soll, wie die Beziehungen zwischen dem staatlichen Sektor und der Privatwirtschaft gestaltet werden soll, welche Rechte die Lohnarbeit gegenüber der Kapitalmacht durchsetzen kann, wie die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet werden soll, von diesen Diskussionen, die in Ägypten zweifellos bereits weit entwickelt sein dürften, erfährt die



Die Nachbarn

Öffentlichkeit in Europa bislang nicht viel. Man muss nicht weit in die deutsche Geschichte zurückblicken um zu begreifen, welche enorme Rolle die Modernisierungsbereitschaft gerade traditionell eingestellter Schichten der Bevölkerung für das Gelingen von Modernisierung spielt. Wird sich in Ägypten ein Parteiensystem bilden, das Differenzen und Zusammenhang abbilden kann? Mit solchen Fragen muss sich die solidarisch gestimmte Öffentlichkeit der westlichen Welt detailliert befassen. Denn die Protestbewegungen in diesen Ländern spielen sich nicht einfach als politische Binnenbewegungen ab. Sie werden permanent durch die Situation der entsprechenden Staaten und Volkswirtschaften in der internationalen Arbeitsteilung beeinflusst. Die politischen und wirtschaftlichen Signale aus der Außenwelt sind für den Gang der Ereignisse in diesen Ländern unmittelbar bedeutsam. Das ist auf dem zivilen Sektor so, wenn z.B. die Touristen wieder nach Ägypten und Tunesien fahren wird nicht nur etwas Geld verdient, es festigt sich auch die Perspektive auf eine zivil geprägte Zukunft. So ist es nicht lächerlich, wenn die Parteivorsitzende Der Grü-

nen, Claudia Roth, dieser Tage dazu aufruft, in Tunesien Urlaub zu machen. Jedes Signal der Außenwelt, das die notwendigerweise um die politische Zielrichtung streitenden Parteien veranlassen kann, Frieden zu halten und Perspektiven des Zusammenlebens mit den Nachbarn und Nachbarstaaten zu suchen, wird in solchen aufgewühlten Situationen wirksam sein. Positiv oder eben auch negativ.

Im libyschen Konflikt zeigten die Signale der Staatenwelt, um das Mindeste zu sagen, nicht eindeutig in Richtung Frieden. Man konnte daraus das Versprechen lesen, einen gewaltsamen Aufstand gegen Gaddafi bis zum Sturz des Militärmachthabers zu fördern. Daraus entstand ein Bürgerkrieg, in dem die Nato Partei ist. Inzwischen steht außer Frage, dass der libysche Aufstand ohne die militärische Unterstützung der Nato keinerlei Erfolgsaussicht hatte. Gerade deswegen ist die Art der Kriegführung der Nato-Mächte bedeutsam. Der Versuch, den Gang der Kampfhandlungen durch gezielte Tötungen von Angehörigen der näheren und weiteren Familie des Oberst Gaddafi zu beeinflussen, muss als ungewöhnliche und grausame Methode von Kriegführung gerechnet werden. Die im deutschen Fernsehen gezeigt Jubelfeier, mit der die Rebellen in Bengasi auf die Nachricht der Tötung eines Sohnes und dreier Enkel Gaddafis reagierten, zeigt ein Land auf dem Weg ins Unversöhnliche. Mit Militärmacht hat die Nato eine Lage geschaffen, die ihr Präsenz in Libyen auf lange Zeit notwendig machen dürfte. Die Nato ist in Nordafrika gelandet. Das

Militärregime Gaddafis wird, wenn es stürzt, durch ein anderes ersetzt werden, an dem die Nato teilhat. Auch in einer Welt im Umbruch gilt, dass die innere Unabhängigkeit, dass Demokratie, Rechtsstaat, Geltung von Menschenrechten nicht ohne äußere Unabhängigkeit realisiert werden können. Die Entwicklung des libyschen Krieges entwickelt sich zu einer schweren Belastung für die Demokratiebewegungen in den arabischen Ländern. Die Politik der Nato-Staaten im libyschen Konflikt kann in eine Destabilisierung der Nachbarstaaten Libyens münden. Damit scheint die Nato-Diplomatie zu rechnen, bemüht sie sich doch, auch bisher zögernde Staaten wie Italien, das sich inzwischen an Bombardements beteiligt, und eben auch die BRD immer tiefer in den Konflikt hineinziehen. Auf Grund der Zurückhaltung der BRD im Sicherheitsrat war der Libyen Krieg kein drängendes Thema in der deutschen Öffentlichkeit, diese Zeit läuft ab.

Martin Fochler



Ökonomische Sollbruchstelle?

15000 bei Demo in Graz

Knapp vier Stunden protestierten am 26. April rund 15000 Menschen in Graz gegen das steirische Sparbudget. Der steirische Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) hatte, gemeinsam mit der Plattform 25, zu der Protestkundgebung aufgerufen, weil die Pläne der steirischen Landesregierung unverhältnismäßige Härten enthalten. „Gegen Sparen an sich ist nichts zu sagen, denn auch die Länder brauchen genug Geld, um ihre Aufgaben zu erfüllen“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar bei der Sitzung des ÖGB-Vorstandes am Tag der steirischen Proteste. „Die geplanten Maßnahmen treffen aber in überwiegendem Ausmaß die ArbeitnehmerInnen und die Schwächsten, andere Gruppen tragen nicht im selben Ausmaß zur Sanierung des Landesbudgets bei.“ Der ÖGB verteilte am Hauptplatz 15 000 weiße Ballons mit dem Aufdruck „Nur von Luft allein kann man nicht leben“. Horst Schachner, Vorsitzender des ÖGB Steiermark, forderte neue Einnahmen fürs

Landesbudget, um dem Sparpaket die Härten zu nehmen. Gerhard Zückert von der Plattform 25 kritisierte vor allem den Angriff auf den Sozial- und Bildungsbereich. Franz Wolfmayr, Präsident des Dachverbandes der steirischen Behindertenhilfe kritisierte die falsche Stoßrichtung des Landesbudgets: „Es gibt ein Budgetproblem, aber es ist nicht von den Betroffenen verursacht worden. Die Kürzungen im ungeheuren Ausmaß sind empörend“. Yvonne Seidler von der Plattform 25 appellierte an die Solidarität unter den Betroffenen: „Verbündet sind auch die Schwachen stark“. <http://www.oegb.at>

Luftverkehrsgewerkschaften gründen Gewerkschaftsrat

Die Spitzen von Luftverkehrsgewerkschaften aus fünf Kontinenten haben die Gründung einer neuen Gewerkschaftsallianz bekannt gegeben, über die eine multilaterale Antwort auf die Globalisierung des Luftverkehrssektors koordiniert werden soll. Auf einer Konferenz, die am 19. und 20.

April in Washington D.C. (USA) stattfand, verkündeten Gewerkschaften der Beschäftigten in der Fluggesellschaftallianz Oneworld Alliance die Einrichtung eines Gewerkschaftsrats mit einem gewählten Koordinator innerhalb der ITF-Strukturen. Dieser Gewerkschaftsrat, dessen Funktion in einer Erklärung ausführlich dargelegt wurde, soll den Informationsaustausch erleichtern und die Planung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten zu wichtigen Themen koordinieren. Wie John Conley, der Vizepräsident der Transport Workers' Union, mitteilte, betrachten die Partnergewerkschaften diese Allianz als eine De-facto-Fusion. Er fügte hinzu, dass der Oneworld-Gewerkschaftsrat bereits Ziele und erste Strategien festgelegt habe. Der Sekretär der ITF-Sektion Zivilluftfahrt Gabriel Mocho erklärte am 20. April auf der Konferenz in Washington D.C., warum eine solche Allianz so wichtig ist: „Gestern griff Alan Joyce, der Vorstandsvorsitzende von Qantas, die Gewerkschaften der Pilot/innen und des Wartungs- und Bodenpersonals an, indem er sie beschuldigte, einen Kamikaze-Arbeitskampf zu führen. Mit diesem bedauerlichen Kommentar vergleicht er professionelle und qualifizierte Beschäftigte, die auf eine der besten Flugsicherheitsstatistiken verweisen können, mit Selbstmordpiloten des Zweiten Weltkriegs. Darin zeigt sich die Unfähigkeit des Managements einer der Fluggesellschaften der Oneworld Alliance, eine konstruktive und dauerhafte Beziehung zu den Beschäftigten zu unterhalten.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org> – ITF News Online 21 April 2011

Argentinien: Weibliche Flugzeugbesatzung

Mit dem Abheben einer ausschließlich mit weiblichem Flugzeugpersonal besetzten Maschine vom Flughafen Buenos Aires gelang den argentinischen Gewerkschaften im Kampf für die Gleichstellung der Frauen ein Durchbruch. Im Cockpit des Flugzeugs der Aerolineas Argentinas, das am 1. April den Flughafen verließ, saßen Kapitän Viviana Rosell Benavente und Kopilotin Maria Fernanda, während die Kabine von Purser Marcela Ferre Ferre und den Flugbegleiterinnen Adriana Rodriguez und Natalia Losi betreut wurde. Sie alle sind Mitglieder der der ITF angeschlossenen Kabinenpersonalgewerkschaft Asociación Argentina de Aeronavegantes (AAA) bzw. der Pilot/innengewerkschaft Asociación de Pilotos de Líneas Aéreas, die sich seit langem für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen. Alicia Castro von der AAA und Mitglied des ITF-Frauenausschusses betonte, dass eine ausschließlich aus Frauen bestehende

Besatzung im Luftfahrtsektor der Region Lateinamerika und Karibik nach wie vor ungewöhnlich sei: „Alle, die sich seit etwa 30 Jahren für die Förderung der Chancengleichheit von Frauen einsetzen, sind sehr froh über diese bahnbrechende Entwicklung.“

<http://www.itfglobal.org> – ITF News Online 20. April 2011

Entschädigung der Opfer

Der kolumbianische Vizepräsident Angelino Garzón hat Ende Februar Europa besucht. Sein erstes Ziel in Deutschland war die Verdi-Bundeszentrale. Begrüßt wurde er von Bundesvorstandsmitglied Isolde Kunkel-Weber und der Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats, Monika Brandl. Beide hatte er im August 2010 kurz vor seinem Amtsantritt getroffen, als sie mit einer Verdi-Delegation in Kolumbien unterwegs waren. Garzón wollte mit seinem Besuch in Europa Werbung machen für den Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kolumbien. Wenn das unterschrieben sei, sei es einfacher, Verbesserungen bei Menschen-, Umwelt- oder Arbeitsrechten durchzusetzen. Verdi, andere Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sehen diese Verbesserungen als Voraussetzung für den Abschluss des Abkommens.

Seit Jahresbeginn sind bereits vier Gewerkschafter in Kolumbien ermordet worden, hinzu kommen Attentate, Drohungen, willkürliche Verhaftungen und Misshandlungen. Garzón sagte eine Prüfung der Fälle durch die Staatsanwaltschaft zu. Die Verdianerinnen zeigten sich besorgt, dass bei der Vorsitzenden der kolumbianischen Gewerkschaft Adodefensa, Maria Clara Baquero Sarmientos, der Status als zu schützende Person aufgehoben werden soll. Der Vorsitzenden der Gewerkschaft Sintracquivale, Margarita Lopez, soll er gar nicht erst zuerkannt werden. Ersteres nannte Garzón ein „Verständigungsproblem mit dem zuständigen Ministerium“, in dem zweiten Fall sagte er, er habe sich beim Innenministerium für den Schutz von Lopez eingesetzt. Sie hatte in der Region Valle del Cauca zahlreiche Korruptionsfälle angezeigt. Garzón kündigte an, dass die Regierung ein Programm zur Entschädigung der rund vier Millionen Opfer von Verfolgung, Vertreibung, Ermordung und Enteignung auf den Wegbringen werde. Dafür seien rund 18 Milliarden Euro in zehn Jahren vorgesehen. Isolde Kunkel-Weber begrüßte diese Initiative. „Aber wichtig ist es, dass die Menschen in Kolumbien Ihnen vertrauen. Und Vertrauen gewinnt man durch Taten“, gab sie dem Politiker mit auf den Weg. Der Dialog soll fortgesetzt werden.

Quelle: Verdi-news 04.-2011

Attacken gegen Gewerkschaften in Bahrain

Die Bau- und Holzarbeiter-Internationale ist entsetzt über die jüngste Flut vorsätzlicher Angriffe gegen die BHI-Mitgliedsorganisation General Federation of Bahrain Trade Unions (GFBTU). Die Regierung schloss den Hauptsitz der GFBTU und setzte die Arbeitgeber unter Zwang, Führungskräfte der GFBTU und Beschäftigte, die an dem von der GFBTU ausgerufenen Generalstreik vom 13. bis 22. März 2011 teilgenommen hatten, zu entlassen. Die GFBTU reagierte mit dem Generalstreik auf die Verhängung des Kriegsrechts durch die Regierung Bahrains, auf heftige Angriffe gegen friedliche Demonstranten und den Einsatz von über 1 000 saudi-arabischen Sicherheitskräften. „Wir sind äußerst bestürzt und schockiert über die Maßnahmen der Behörden des Königreichs Bahrain zur Einleitung einer systematischen Kampagne, die die Unterhöhlung der Gewerkschaftsrechte in Bahrain und die grundsätzliche Vernichtung der GFBTU zum Ziel hat“, so der BHI-Generalsekretär Ambet Yuson. Er fuhr fort: „Die GFBTU wird von der internationalen Gemeinschaft wegen ihres echten Engagements zugunsten der Verteidigung der Rechte aller Beschäftigten, darunter auch der Arbeitsmigranten/innen in Bahrain und der gesamten Golfregion, anerkannt. Andererseits werden die Behörden von Bahrain von der internationalen Gemeinschaft wegen dieser jüngsten Aktionen und früherer gewaltsamer Maßnahmen gegen friedliche Demonstranten in Bahrain nun als Unterdrücker der Gewerkschaftsrechte und der politischen Demokratie angesehen.“ Die Regierung setzt ein Unternehmen nach dem anderen unter Druck, Beschäftigte, die am Streik teilgenommen hatten, unrechtmäßig zu entlassen. Bisher haben Aluminum Bahrain BSC, Bahrain Telecommunications Company, Gulf Air, Bahrain Airport Services, Khalifa Sea Port und die Universität Bahrain über 1300 Beschäftigte, die am Streik teilgenommen hatten, unrechtmäßig gekündigt. Die BHI sichert der GFBTU in dieser schwierigen Zeit ihre rückhaltlose Unterstützung und Solidarität zu und wird sich der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Koordinierung internationaler Aktionen anschließen, um die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte in Bahrain zu schützen. Die BHI fordert die Regierung Bahrains auf, unverzüglich alle Formen der Unterdrückung und Diskriminierung der Beschäftigten in Bahrain sowie der GFBTU einzustellen. Wir werden die Lage weiterhin wachsam beobachten.

Quelle: <http://www.bwint.org> BHI (Bau- und Holzarbeiter Internationale) 29.4.2011



Tausende bei Anti-Atom-Protesten, weitere Aktionen

BERLIN. Mehr als 120 000 Menschen haben am Ostermontag – 25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und sechs Wochen nach Fukushima – den Protest gegen die Atomkraft bundesweit direkt an die Standorte getragen. Die Anti-Atom-Initiativen rufen zu weiteren Aktionen auf: **Jeden Montag ab 18 Uhr:** bundesweit dezentrale Mahnwachen. Seit dem 14. März finden montagabends ab 18 Uhr bundesweit dezentrale Mahnwachen für den Atomausstieg statt. **28. Mai: Großdemonstrationen in 20 Städten**, vor der Entscheidung der Bundesregierung über die Zukunft der Atomkraft im Juni. **Ab 11. Juni: Brokdorf-Blockade.** Die sogenannten Revisionsarbeiten im dortigen AKW werden von tausenden Menschen auf allen Zufahrtsstraßen blockiert. Ziel der Revisionsarbeiten ist unter anderem der für den Weiterbetrieb des AKWs notwendige Austausch der Brennstoffelemente. **Ab 13. August: Neckarwestheim-Blockade.**

www.attac.de

Bayerische Landesregierung lockert leicht die Lagerpflicht

MÜNCHEN. Die Bayrische Landesregierung hat die Lagerpflicht für Flüchtlinge in Bayern leicht gelockert. Sie gab bekannt, dass Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen die Erlaubnis erhalten, aus den bayrischen Flüchtlingslagern auszuweichen. Der Bayrische Flüchtlingsrat bezog dazu in einer Pressemitteilung Stellung. Er begrüßt die Lockerung, durch die ca. 400 Flüchtlinge vom Lagerzwang befreit werden, kritisieren aber die lange Wartezeit bis eine Erlaubnis zum Auszug erteilt wird. Demnach dürfen Familien mit Kindern erst nach Abschluss des ersten Asylverfahrens, also nach zwei bis drei

Jahren und alle anderen erst nach sechs bis sieben Jahren aus den Lagern ausziehen. Flüchtlinge, die zum Beispiel wegen eines Verstoßes gegen die Residenzpflicht zu Geldstrafen von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurden, sind grundsätzlich von der Erlaubnis zum Auszug ausgenommen. Die Erstaufnahmeeinrichtungen und die rund 115 Flüchtlingslager in Bayern sind bis zum Bersten überfüllt. Es wird händeringend nach neuen Lagerstandorten gesucht, damit die Bezirksregierungen ihrer Unterbringungspflicht nachkommen können. Eine generelle Abschaffung der Lagerpflicht könnte hier schnell Entlastung bringen und für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen sorgen. www.proasyl.de

GEW-Protestaktion „Fünf vor Zwölf“ in Berlin

BERLIN. Über 5000 sind den Aufruf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gefolgt und haben am 5. April 2011 um 11:55 Uhr den Unterricht verlassen, um der Forderung „Alte Stärken und alle entlasten“ Nachdruck zu verleihen. Die Drohungen mit Disziplinarverfahren und arbeitsrechtlichen Konsequenzen haben offensichtlich nicht verfangen. Der Unmut in der Berliner Lehrerschaft über die schlechten Arbeitsbedingungen ist zu groß. So wurde die Erwartung, dass sich zwischen 2000 und 3000 Lehrkräfte an der Protestaktion „5 vor 12“ beteiligen würden, bei weitem übertroffen. Die Vorsitzende der GEW Berlin, Rose-Marie Seggelke: „Die Lehrkräfte haben heute ebenfalls deutlich gemacht, dass sie – falls es aus dem Haus des Bildungsensors keine Signale gibt – zu weiteren Aktionen bereit sind. Wir hoffen, dass es soweit nicht kommt, und fordern Senator Zöllner dringend auf, seine strikte Ablehnung von Altersermäßigung zu überdenken. Sollte er allerdings bei seiner Auffassung bleiben, dass Berlin als einziges Bundesland eine Entlastung der älteren Lehrkräfte nicht nötig hat, werden wir weitere Proteste organisieren!“ Über 1000 dauerkranke Lehrkräfte sind ein eindeutiger Beweis für die seit Jahren zu hohe Arbeitsbelastung, die in den vergangenen Jahren durch die vielen, personell schlecht ausgestatteten Reformen zusätzlich gesteigert wurden. Die GEW appelliert an den Senat, endlich die Blockade aufzugeben, damit Berlin nicht länger mehr als einziges Bundesland älteren Lehrkräften jede Möglichkeit der Altersentlastung vorenthält. Rose-Marie Seggelke: „Vor Berlin war Hamburg das letzte Bundesland älteren Lehrkräften jede Möglichkeit der Altersentlastung vorenthält. Die Hamburger Kolleginnen und Kollegen haben sich die nach einem langen Anlauf und insgesamt drei Arbeitsniederlegungen erkämpft. Wir hoffen, dass

Bildungssenator Zöllner am Dienstag endlich erkennt, dass er das Problem nicht weiter aussitzen kann.“

www.gew-berlin.de

Obstbäume statt CO₂-Endlager: Bündnis ruft zu Pflanzungen auf

BERLIN. Unter dem Motto „Obstbäume statt CO₂-Endlager“ ruft ein Bündnis von Umweltverbänden und Baumpflanz-Initiativen dazu auf, durch das Pflanzen von Obstbäumen ein Zeichen gegen die Pläne der Bundesregierung zu setzen, Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken unterirdisch zu speichern. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu aufgerufen, Obstbäume bis zum 15. Mai 2011 zu pflanzen. Im Internet kann die Pflanzung unter www.bund.net/obstbaeume-statt-co2-endlager gemeldet und für jedermann sichtbar gemacht werden. Ziel sei es, bundesweit mindestens 200 Pflanzungen zu erreichen. Am 13. April hatte das Bundeskabinett ein Gesetz verabschiedet, wonach die CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture and Storage) zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken erprobt werden soll. Das Gesetz muss noch von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. Robert Pörschmann, Energieexperte beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND): „Die Bundesregierung ebnet den Weg für eine weitere Risiko-technologie. Die Verpressung von Kohlendioxid in den Untergrund kann zur Versalzung des Grundwassers führen und die Trinkwasserversorgung vieler Kommunen und großer Ballungsräume gefährden. Weite Teile der Bundesrepublik wären zudem von Endlagern, Pipelines und neuen Kohlekraftwerken betroffen. Je mehr Menschen bei der Pflanzaktion mitmachen, umso machtvoller können wir den Energiekonzernen und der Bundesregierung zeigen: Die unterirdische Endlagerung von CO₂ ist keine Option für die Zukunft. Ob ein Apfelbäumchen im Vorgarten oder eine Süßkirsche auf dem Balkon, jeder Einzelne kann seinen Protest kundtun.“

www.bund.net

BRD/Österreich: Strommasten und Geiseln für Neonazi Küssel*

BERLIN/BAYERN. Nach den Solidaritätsaktionen für Küssel in München und Dortmund gab es eine Reihe von weiteren Mini-Aktionen in Deutschland, die sich gegen die Verhaftung von Küssel richteten. In Berlin und Bayern wurde der „allseits bekannte“ Küssel als „leuchtendes Beispiel“ dafür gepriesen, was Repression in der Ostmark bedeutete. In Berlin stürmte ein Häuflein von Neonazis nach einer Kundgebung vor der österreichischen Botschaft das Stellenfeld des Holocaust-Denkmal und wurde dort von der Polizei vertrieben.

In Bayern fanden nach dem Aufmarsch in München noch Aktionen im Berchtesgadener Land statt. Laut Altermedia verteilten Neonazis in den Landkreisen Berchtesgadener Land, Traunstein und Salzburg (!) einige Hundert Flugblätter zu Küssel, Honsik, Mahler usw. In der Höhe des Grenzübergangs Walserberg wurde am Wochenende ein Transparent in der Länge von 8 Metern aufgezogen, das – wie die Neonazis stolz vermerkten – „bis zum heutigen Tag“ (18.4.2011) nicht entfernt wurde und – wie Altermedia in holprigem Deutsch hofft – „dem ein oder anderen Autofahrer oder Beifahrer die Augen öffnet und Neugierde weckt sich über dieses, in Österreich stattfindende, Unrecht aufzuklären.“ Ebenfalls im Berchtesgadener Land fand dann noch ein „nationaler Liederabend“ statt, bei dem der auch in Österreich recht umtriebige Norman Bordin zur Solidarität mit Küssel aufrief und die „nationalen Liedermacher“ dann so heftig trällerten, dass die versammelten Kameraden vor Schreck gleich 600 €, für den Rechtskampf und die Familie von Gottfried Küssel spendeten, damit die Sache ein Ende nimmt. Ein „Wehrwolf“ ... will aus der „Ostmark“ gehört haben, dass dort über heftigere Aktionen nachgedacht werde: „Ähnlich wie seinerzeit in Südtirol – so Stand der Diskussion – wären Stromleitungen angreifbar und ganze Regionen würden für 24 bis 48 Stunden Zeit haben im Dunkeln über die Forderungen nachzudenken“. In einer weiteren Eskalationsstufe wäre auch die Geiselnahme von vielen Politikern denkbar, raunt „Wehrwolf“ weiter.

www.stopptdierechten.at

wikipedia: Gottfried Heinrich Küssel (10. September 1958 in Wien) ist ein österreichischer Holocaustleugner, rechtsextremer Publizist und Schlüsselfigur der österreichischen und deutschen Neonaziszene. Er wurde vor allem für seine Führerschaft der Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition (VAPO) bekannt und unter anderem auch deshalb zu elf Jahren Freiheitsstrafe wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt. Küssel wurde am 11. April 2011 erneut unter dem Verdacht von Verbrechen nach §§ 3a ff. Verbotsgesetz und des Vergehens der Verhetzung festgenommen. Am 14. April wurde über ihn die Untersuchungshaft verhängt.

Köln stellt sich quer – Aufstehn, hinsehen und dazwischen gehen!

KÖLN. Für den 7. Mai hat Pro Köln, formal als Pro NRW, einen „Marsch für die Freiheit“ angekündigt und hatte vor Monaten als Sammelplatz die Deutzer Freiheit angegeben. Inzwischen spricht die Gruppe von der Kölner Innenstadt. Zahlreiche Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen bis hin zum Oberbürgermeister protestieren. Zwei Bündnisse haben sich gebildet – „Köln stellt sich quer“ und „Aufstehn – Hinsehen – Dazwischen gehen“. Wie in den vergangenen Jahren sind viele Menschen aktiv ... Der Parteaufbau

von Pro NRW geht langsam voran. Die Landtagswahl in NRW war für Pro Köln ernüchternd: Erststimmen 0,9 % und Zweitstimmen 1,4 %. 107.476 Menschen haben in NRW den Rechtsextremen ihre Stimme gegeben. Immer noch zu viel! Pro Köln erhält in den folgenden Jahren eine Wahlkampfkostenerstattung von über 100 000 Euro. Diesen Mittelfluss darf man nicht unterschätzen. Er führt dazu, dass Pro Köln weiter Zulauf erhält, z. B. mit dem bekannten ehemaligen NPD-Funktionär Andreas Molau, der inzwischen Beisitzer im Landesvorstand von Pro NRW ist; aber auch in Köln waren auf dem Neujahrsempfang 2011 mehr Personen anwesend als in den Vorjahren. Pro NRW hält sich anscheinend für so stark, dass sie das Kölner Ratsmitglied Manfred Rouhs nach Berlin abkommandiert hat, um bei der Wahl im September für das Abgeordnetenhaus als Spitzenkandidat anzutreten. (...) Aus den Ankündigungen von Pro Köln kann man den Eindruck gewinnen, dass die Mobilisierung für den 7. Mai keine große Ausstrahlung findet. Als Redner scheinen Filip Dewinter vom Vlaams Belang und Dr. Susanne Winter von der FPÖ fest zu stehen. Zum ersten Mal rufen auch die Republikaner mit Schlierer zur Veranstaltung auf. In dem vorliegenden Aufruf, den die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit“ am 22. April veröffentlichte, gibt es kaum Überraschungen, außer dass jetzt auch die Pro NRW Kommunalvertreter nach Köln mobilisieren.

Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ unterstützt seit langer Zeit einen ökumenischen Gottesdienst in der Kirche St. Heribert in der Deutzer Freiheit, um ein klares Zeichen zu setzen: In der Deutzer Freiheit kann sich Pro Köln, wie anfangs geplant, nicht aufstellen. Beginn 10.30 Uhr. Wichtig ist, zu dieser Veranstaltung zu mobilisieren und das mutige Engagement der Kirchen auch durch Anwesenheit zu unterstützen.

– Das zweite Bündnis gegen Pro Köln mobilisiert für 10 Uhr nicht weit entfernt zur Siegburgerstraße/Ecke Arminiusstraße •. Darüber hinaus auch für 10 Uhr zum Kölner Hauptbahnhof,

Bahnhofsvorplatz. Alles Weitere wird das Bündnis vom weiteren Geschehen abhängig machen, nach dem Motto: „Aufstehn – Hinsehen – Dazwischen gehen“. – Ab 11.30 Uhr mobilisiert dann „Köln stellt sich quer“ zur Frankenwerft, unterhalb der Deutzer Brücke, um deutlich zu machen, dass Pro Köln in der Kölner Innenstadt nicht erwünscht ist.

aus: Lokalberichte Köln

Demonstration gegen Nazi-Gewalt in Winterbach

WINTERBACH. Am Sonntag, 17.4.2011, fand in Winterbach (Rems-Murr-Kreis) eine antifaschistische Demonstration mit mehr als 1.300 Teilnehmern statt. Anlass der Veranstaltung war ein faschistischer Angriff und Brandanschlag auf neun Migranten in der Nacht vom 9. auf den 10. April in Winterbach. Die beteiligten Faschisten griffen ihre Opfer bewaffnet an, jagten sie und zündeten schließlich eine Gartenhütte an, in die sich fünf der Migranten flüchteten. Die Täter waren allesamt auf einer Privatfeier, die der Polizei schon im Vorhinein als rechtsextreme Veranstaltung bekannt war. Sämtliche Tatverdächtige wurden nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Aussage der Polizei sei die Beweislage zu dürrig gewesen. Die Demonstration zog am Nachmittag vom Winterbacher Bahnhof bis vor den Nazitreffpunkt „Linde“ in Schorndorf-Weiler. Der Protestzug war geprägt von einer Vielfalt an politischen Spektren und vereinte sämtliche Altersgruppen. Zahlreiche Initiativen, Parteien, Organisationen und der Winterbacher Bürgermeister Albrecht Ulrich beteiligten sich mit Redebeiträgen und verdeutlichten den Willen, gemeinsam gegen das Problem der rechten Szene im gesamten Rems-Murr vorzugehen. Die im Juli dieses Jahres durch „Weiler schaut hin! e.V.“ und der „Antifaschistische Aktion (Aufbau) Stuttgart“ ins Leben gerufen Initiative wird zwischenzeitlich von rund 30 Organisationen und Einzelpersonen unterstützt.

<http://linksunten.indymedia.org>



Gerade in vom Boomgeschehen erfassten Wirtschaftszentren wie Hamburg oder München spitzt sich in den Stadtquartieren der Verdrängungswettbewerb zu. Wir dokumentieren hier Aufrufe zu Demonstrationen in Hamburg (STADT SELBST MACHEN“ und München (STADT FÜR ALLE – ALLES FÜR ALLE) sowie die Gründungserklärung der KÖLNER ALLIANZ FÜR DEN FREIEN SONNTAG“, sie sich ebenfalls gegen die Strukturierung lediglich nach Verwertungsinteressen stemmt. nach: Lokalbericht Hamburg, Lokalberichte München, Lokalberichte Köln



30.4. Überregionale Demonstration: 16 Uhr Rote Flora Hamburg

STADT SELBST MACHEN

Gegen Vertreibung, Mietenwahnsinn und kapitalistische Stadtentwicklung!

Wir rufen aus Anlass der aktuellen Bedrohung der Roten Flora und des anstehenden Räumungstermins des Wagenplatzes Zomia am 30. April zu einer überregionalen Demonstration gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung in Hamburg auf.

Im März diesen Jahres ist der Vertrag der Stadt mit Investor Kretschmer ausgelaufen und das besetzte Zentrum Rote Flora seit April auf dem Markt. Das seit 22 Jahren bestehende Projekt ist von einem Weiterverkauf an private Investor_innen bedroht. Angeblich soll es mehrere Interessent_innen geben, die alle die Räumung bereits geplant haben. Wir verlassen uns auch nicht auf die Worte von Bürgermeister Scholz, niemand habe vor, an dem jetzigen Zustand im Großen und Ganzen etwas zu ändern.

Auch der Bauwagenplatz Zomia hat eine Räumungsverfügung zum 30.4. erhalten. Bezirksamtsleiter Markus Schreiber von Mitte ist fest entschlos-

sen, den Platz zu räumen. Wir halten dagegen und werden diese drohende Räumung gemeinsam verhindern. Der Versuch einer gewaltsamen Vertreibung von Zomia ist Ausdruck einer politischen Entscheidung, keine weiteren Wagenplätze in Hamburg zuzulassen. Wie der neue Senat mit dem Wagenplatz Zomia umgeht, ist für uns auch ein Vorgeschmack für die weiteren Konflikte um Recht auf Stadt in Hamburg.

Alle Lebensbereiche werden zunehmend privatisiert und sollen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Stadt entzogen werden.

Arbeitskämpfe in Krankenhausbetrieben, die Verantwortlichkeit für eine gute Wasserqualität oder bezahlbare Mieten sollen aus dem Konfliktfeld und Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt werden. Die Politik versucht, ihre strukturelle Verantwortlichkeit zu verbergen und gestaltet sich als nicht verantwortliche Adresse und ledig-

lich moderierend. Teile und herrsche ist das Prinzip der modernen Stadt. Über so genannte Partizipationsgremien wird Zustimmung erzeugt und Betroffene gegeneinander ausgespielt. In Schlichtungsverfahren werden Proteste über den runden Tisch gezogen, um sie auf der Straße zu verhindern. Beteiligungsverfahren reproduzieren gesellschaftliche Hierarchien und Gewaltverhältnisse. Insbesondere die Bedürfnisse von ökonomisch schlechter gestellten Anwohner_innen, Obdachlosen oder Illegalisierten werden ignoriert und abgewickelt, stattdessen privatwirtschaftliche Belange als Interesse aller verkauft und als Standortfrage in den Vordergrund gestellt.

In vielen Städten organisieren sich Menschen gegen diese Verhältnisse und finden sich in Netzwerken wie Recht auf Stadt in Hamburg zusammen. Mieter_innenkämpfe, der Widerstand von Prostituierten und Drogenkonsument_innen gegen Vertreibung, der Protest gegen Großprojekte und Gentrifizierung, der Kampf für den Erhalt von Bildungseinrichtungen, von öffentlichen Grünflächen, von Kinos, Theatern und Museen besitzt bei allen Unterschieden einen gemeinsamen Kern: den Wunsch nach mehr Selbstbestimmung und den Widerspruch gegen eine Politik von oben. Haus- und Platzbesetzungen sind dabei legitime und richtige Aktionsformen, um Leerstand zu beenden.

Wir sehen solche Projekte nicht als Selbstzweck und Nische, sondern als Teil einer weitergreifenden Bewegung und Frage nach Aneignung des Lebens. „Wir bleiben alle!“ ist mehr als eine identitätsstiftende Parole. Es ist eine solidarische Kampfansage gegen einen Begriff von Stadt als Konkurrenz, gegen Vereinzelung und Vertreibung. Das Hamburger Gängeviertel, die Liebigstraße 14 in Berlin oder das AZ in Köln stehen für einen Versuch des Widerspruchs zur strukturellen Gewalt der Ökonomie.

Wir vertrauen nicht der etablierten Politik und auch keinen staatlichen Institutionen.

Atomausstieg bleibt ebenso Handarbeit wie der Kampf gegen steigende Mieten oder die Verteidigung von sozialen Projekten. Politische Perspektiven ergeben sich für uns aus der Vernetzung von Konfliktorten und kommenden Aufständen gegen eine Weltordnung, in der die Metropolen und Städte in zerstörerischer Weise um Märkte konkurrieren.

Lohnarbeit und Kapitalismus bieten keine Perspektive für eine befreite Gesellschaft.

Ohne eine globale Umverteilung und



radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems werden sich diese Ungerechtigkeiten weiter reproduzieren. Zwar sind wir alle, ob wir wollen oder nicht, Teil dieser Verhältnisse, aber genau deshalb können wir uns auch zum Teil von deren Überwindung machen. Wir machen jetzt und heute unsere Situation zum Ausgangspunkt. Mit solidarischem Blick über den eigenen Tellerrand und der Lust, sich immer wieder neu zu erfinden, in Frage zu stellen und ohne Scheren im Kopf am Leben teilzuhaben.

Wir sehen die Demonstration am 30.4. nicht nur als solidarischen Ausdruck, dass wir eine Räumung der Roten Flora, des Wagenplatzes Zomia oder anderer Projekte aktiv verhindern werden, sondern vor allem als Ausdruck und Teil solcher sich überregional entwickelnden Auseinandersetzungen.

Es geht uns ums Ganze!

Darum, dass wir nicht im Bestehen verbleiben, sondern in Bewegung geraten und der scheinbaren Alternativlosigkeit kapitalistischer Realpolitik das Aufbegehren für eine andere Welt entgegen stellen.

Wir wollen mit dieser Demonstration in den Mai feiern und verstehen sie auch als Teil der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch am darauf folgenden Tag in Bremen. Wir laden alle ein, gemeinsam mit dem Zug von Hamburg aus dort anzureisen. Kein Fußbreit, keine Bahn für Faschist_innen und Rechtspopulist_innen!

Keine Vertreibung, Platzverweise und Gebietsverbote!

Wagenplatz Zomia und Rote Flora verteidigen!

Stadt aneignen – Investor_innen enteignen – Leerstand besetzen!

Mehr Infos: <http://florableibt.blogspot.de>



Bild: Die 30.April-Demo München 2010. <http://le-monde.de>

Bündnis-Kurzaufzug aus München

STADT FÜR ALLE – ALLES FÜR ALLE!

Am Abend des 30. Aprils wollen wir unter dem Motto „Stadt für Alle – Alles für Alle“ mit einer antikapitalistischen Demonstration durch München ziehen. Es geht uns dabei um eine kollektive (Wieder-) Aneignung des städtischen Raums, der in kapitalistischen Gesellschaften immer Menschen ausschließt, an den Rand drängt und unsichtbar macht. Mit der Wahl des Datums stellen wir uns bewusst in den Kontext der 1. Mai – Demonstrationen, wollen uns aber gleichzeitig dem dort zelebrierten Arbeitsethos entziehen und eine antikapitalistische Perspektive jenseits von Lohnarbeit aufzeigen.

Wir wollen eine Stadt, in der öffentlicher Raum allen zugänglich ist, in der unsere Bewegungs- und Handlungsfreiheiten nicht eingeschränkt werden. Sei es durch institutionelle Kontroll-

mechanismen wie Kameraüberwachung, Bullen oder private Sicherheitsdienste; sei es durch strukturelle Mechanismen wie den gesellschaftlichen Ausschluss von Erwerbslosen und Obdachlosen; sei es durch sexualisierte Gewalt. Wir wollen eine Stadt in der Zugang zu Wohnraum sich nicht nach Einkommen, Nachname, Gender oder Herkunft richtet, in der barrierefreie Architektur allen Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht und in der Menschen nicht durch Gentrification aus ihren Vierteln vertrieben werden.

Gerade für München ist es bezeichnend, dass einerseits zehntausende Quadratmeter an Büro- und Gewerbeflächen leerstehen, während andererseits jede_r weiß, wie lange die Wohnungssuche hier dauern kann. Ganz zu

schweigen von all denjenigen, die sich die Mieten hier nicht leisten können und ins Umland oder in andere Städte abgedrängt werden.

Kein Mensch kann mit offenen Augen einen Tag durch München gehen, ohne Zeug_in oder Betroffene_r rassistisch-motivierter Personenkontrollen zu werden. Dies ist nur ein Aspekt, wie Rassismen sich in und durch Städte äußern. „Geduldete“ Flüchtlinge sind durch rassistische Gesetze in Bayern dazu gezwungen in Lagern zu leben, die oft fernab von Städten und Verkehrsmitteln liegen, sowie katastrophale hygienische und wohnliche Bedingungen aufweisen. An Privatsphäre ist in Gruppenzimmern und mit einem Personal, das sich mit seinen Schlüsseln jederzeit Zutritt verschaffen kann, nicht zu denken. Vielfach sind Bewohner_innen der Lager betroffen von sexualisierter Gewalt von Seiten des Personals vor Ort, was allerdings meist nicht zur Anzeige gebracht wird.

Flüchtlingen ist schlichtweg untersagt, sich selbstständig eine Wohnung zu suchen und – durch die Residenzpflicht – sich frei zu bewegen. Städtische Räume sind also maßgeblich auch durch oft vergessene oder unsichtbar gemachte rassistische Ausschlussmechanismen geprägt.

Auch unkommerzielle Kunst und Kultur hat es in kapitalistischen Städten, allen voran in München, schwer. Dort wo sie sich nicht in Verwertungs- und Nützlichkeitslogiken integrieren kann oder will, stößt sie auf Widerstand und Repression. Vormalig antagonistische/widerständige Kultur und Praxen haben sich dem kapitalistischen Prozess angepasst: sei es durch Clubs, in denen „alternative“ Bands 15 Euro Eintritt und das Bier 4 Euro plus Pfand kosten, sei es durch hippe Musikszenen, die sich höchst profitabel vermarkten lassen oder sei es durch Strategien, die StreetArt in einem kapitalistischen Kalkül nutzen wollen. Die Formen unkommerzieller Kunst und Kultur, die sich solch einer Vereinnahmung und Integration entziehen, bleiben als „Ruhestörung“ und „Vandalismus“ mit (staatlichen) Repressionsapparaten konfrontiert.

Unser Widerstand richtet sich nicht nur gegen die (Um-) Strukturierungen von kapitalistischen Städten, sondern gegen den Kapitalismus als Ganzes, dem diese Prozesse zu Grunde liegen. Mit unseren vielfältigen Kämpfen für ein schönes, selbstbestimmtes Leben für Alle in der Stadt und überall streben wir eine Kompliz_innenschaft mit anderen, emanzipatorischen und sozialen Kämpfen gegen die kapitalistische, herrschaftsförmige Gesellschaft, in der wir leben, an.

Vielfältig! Kreativ! Bunt! Unkontrollierbar!

Aufrufe, und weitere Infos: le-monde.tk

Gründungserklärung der „Kölner Allianz für den freien Sonntag“

Die „Kölner Allianz für den freien Sonntag“ ist eine kirchliche und gewerkschaftliche Initiative, die von Organisationen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen unterstützt wird. Sie ist auf der Bundesebene sowie in Bundesländern und Regionen verankert. Sonntagsallianzen und ähnliche Initiativen bestehen auch in vielen anderen EU-Ländern.

Bedeutung des freien Sonntages

Der Sonntag ist eine frühe soziale Erzungenschaft und auch heute als Tag der Ruhe, der Gemeinschaft, der Befreiung von Sachzwängen, Fremdbestimmung und Zeitdruck unverzichtbar. Leben ist mehr als Arbeit, Produktion und Geld verdienen. Die Sieben-Tage-Woche gestaltet einen Rhythmus in unserer Gesellschaft, der seit fast 4000 Jahren das Leben vieler Völker prägt.

Der Sonntag stärkt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, da er es den Menschen ermöglicht, am sozialen, religiösen, sportlichen, politischen und kulturellen Leben teilzunehmen und sich ehrenamtlich zu engagieren. Der Sonntag schützt den Menschen, die Familie und die persönliche Gestaltung von gemeinsamer freier Zeit.

Folgen der Ausweitung der Sonntags- und Feiertagsarbeit

Seit Jahren vollzieht sich eine schleichende Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes. Immer mehr Wirtschaftsbereiche werden für die Arbeit an diesen Tagen vereinnahmt. Schon seit der Novellierung des Arbeitszeitrechtes im Jahr 1994 wurden die Möglichkeiten zur Sonntagsarbeit im Bereich des produzierenden Gewerbes, des Handels, der Banken, der Versicherungen und der sonstigen Dienstleistungen erheblich erweitert. Immer weniger Menschen können den freien Sonntag genießen. Die Ausweitung der Arbeit am Sonntag in gesellschaftlich nicht notwendigen Bereichen bedeutet einen gravierenden Einschnitt in das Gefüge der Gesellschaft, die dadurch erheblich an Lebensqualität verliert.

Die Sonntagsöffnungen führen nur zu einer Verlagerung von Kaufkraftströmen und generieren keine zusätzlichen Umsätze. Verlierer der Sonntagsöffnung sind kleinere Einzelhandelsgeschäfte, während Shopping-Center und Kaufhäuser in den Innenstädten davon profitieren.

Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags ist von großer Bedeutung für die Gesundheit der überwiegend weiblichen Beschäftigten, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben sowie für das Leben der Zivilgesellschaft insgesamt.

Dieser gemeinsame, wöchentliche Rhythmus stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass der arbeitsfreie Sonntag für die Gesundheit und für das Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtiger ist als jeder andere arbeitsfreie Wochentag. Sonntagsarbeit übt enormen Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien aus. Sie begünstigt Burnout und führt zu Krankheit und Arbeitsabwesenheit.

Mit der Tendenz zur Liberalisierung des Ladenschlusses ist im Bereich des Handels in den letzten Jahren eine inflationsartige Zunahme verkaufsoffener Sonntage zu beobachten. Oft wird mit der Durchführung der verkaufsoffenen Sonntage gegen geltendes Recht verstoßen. Hinzukommt, dass die behördliche Kontrolle nicht in allen Fällen wirksam stattfindet, und die Ahndung etwaiger Verstöße somit in vielen Fällen unterbleibt. Das Recht auf arbeitsfreien Sonntag schließt nicht Ausnahmen für die Bereitstellung notwendiger Dienste aus, noch berührt es die wichtige Rolle der Sozialpartner und Sozialpartnerinnen beim Aushandeln von Tarifverträgen.

Rechtliche Grundlagen

Der Artikel 140 Grundgesetz fordert: „Die Sonntage und staatlich anerkannte Feiertage bleiben als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen schreibt in Artikel 25: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage werden als Tage der Gottesverehrung, der seelischen Erhebung, der körperlichen Erholung und der Arbeitsruhe anerkannt und gesetzlich geschützt.“

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 1.12.2009 ein klares Signal gesetzt und die Sonntagsöffnung als Ausnahme beschrieben, die von den Ländern und Kommunen in jedem Einzelfall begründet werden muss. Hierbei muss das öffentliche Interesse im Vordergrund stehen.

Ziele der Kölner Allianz für den freien Sonntag

Die Unterzeichnenden unterstützen das öffentliche Bewusstsein für eine Sonntags- und Zeitkultur, um den kulturellen Rhythmus zwischen Arbeit und Ruhe, um der Menschen willen, zu erhalten und den Menschen eindeutig in den Mittelpunkt allen Wirtschaftens zu stellen. Die Thematisierung der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Fol-

gen einer 24-Stunden-Kommerz- und Konsumgesellschaft ist erforderlich.

- Das Engagement gilt dem freien Sonntag und richtet sich gegen eine weitere Aushöhlung der Sonn- und Feiertagsruhe auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Auch die Kommunen müssen sicherstellen, dass der Sonntag im sozialen Zusammenleben seiner Zweckbestimmung entsprechend als Tag der Arbeitsruhe und seelischen Erhebung erhalten bleibt und der Sonn- und Feiertagsschutz neu bekräftigt wird.

- Die Unterzeichnenden setzen damit ein Zeichen gegen die Auflösung von gewachsenen Gemeinschaften, die Zersplitterung der Familie und Partnerschaft und die alleinige Ausrichtung auf Produktion und Kapital.

- Gefordert wird die Einhaltung und konsequente Kontrolle des Sonn- und Feiertagsschutzes in Köln.

Forderungen an die Politik

Die Gründungsmitglieder der Kölner Allianz fordern die Landesregierung in NRW auf, den arbeitsfreien Sonntag wieder zur Regel zu machen wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Dort heißt es:

„Dazu werden wir die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes korrigieren. Wir werden die Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen an die Größe und Struktur der Kommune knüpfen sowie einen Anlassbezug konkret ausgestalten. Das geltende Ladenöffnungsgesetz legt eine Evaluierung fest. Im Dialog mit Handel, Gewerkschaften, Kommunen und Kirchen werden wir daher die Wirkung der Rechtslage bewerten.“

- Es dürfen keine gesetzlichen Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagsschutz sowie der Ladenöffnungszeiten zugelassen werden.

- Der Gesetzgeber auf kommunaler Ebene muss sicherstellen, dass der Sonntag im sozialen Zusammenleben seiner Zweckbestimmung entsprechend als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung erhalten bleibt und der Sonn- und Feiertagsschutz neu bekräftigt wird.

Die Respektierung des Sonntags spiegelt die Wertordnung einer Gesellschaft sowie jene – die sie maßgeblich gestalten können. Wir alle stehen in der Verantwortung, uns für den Erhalt des Sonntags zum Wohle einer humanen Gesellschaft einzusetzen.

Köln, den 17. März 2011

Gründungsmitglieder:

Andreas Kossiski, Vorsitzender DGB Köln-Bonn; Rolf Domning, Stadtsuperintendent; Walter Fuchs-Stratmann, Evangelischer Kirchenverband Köln und Region Evangelische Arbeitnehmerbewegung (EAN) Rheinland; Hannelore Bartscherer, Vorsitzende Katholikenausschuss in der Stadt Köln; Hildegard Lültsdorf, Vorsitzende Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB), Stadtverband Köln; Christa Nottebaum, Geschäftsführerin Verdi Bezirk Köln

Alle Verträge müssen auf den (Wasser-)Tisch: BERLIN. „Das Unvorstellbare ist geschehen“, freut sich die Initiative „Berliner Wassertisch“ über den ersten erfolgreichen Volksentscheid im Bundesland Berlin: 27,5% aller Stimmberechtigten nahmen am 13. Februar an der Abstimmung teil; das hohe Quorum lag bei 25%. Davon waren 98,2% dafür, dass die Wasserverträge offengelegt werden. Den Initiatoren ging es nicht um das freudige Aktstudium an sich, sondern um eine kluge Vorgehensweise: Sie wollen die teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe (BWB) rekommunalisieren. Seitdem nämlich Veolia und RWE 1999 49,9% der Anteile gekauft hatten, sind die Wasserpreise deutlich gestiegen – um etwa ein Drittel (wir berichteten). Damit es bei einer Rekommunalisierung keine bösen Überraschungen gibt, müssten zunächst alle Verträge auf den Tisch. Der Berliner Wassertisch vermutet zudem Nebenabsprachen. Das Negativ-Beispiel liegt gleich vor den Toren der Hauptstadt: Potsdam rangiert seit dem Rückkauf seiner Wasserversorgung mit seinen Wasserpreisen bundesweit auf einem der ersten Plätze. Es wird vermutet, dass das mit der Privatisierung sowie mit Beraterverträgen im Kontext der Rekommunalisierung zu tun hat.

www.kommunale-info.de

Gesundheitsversorgung auf dem Land: BERLIN. Im ländlichen Raum droht sich die medizinische Versorgung zu verschlechtern. Um das zu verhindern, schlossen der Deutsche Landkreistag (DLT) und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) im November 2010 eine Rahmenvereinbarung zur künftigen Zusammenarbeit bei der Gesundheitsversorgung. Die beiden Verbände wollen innovative Versorgungsangebote konzipieren und umsetzen: „Bislang gibt es eher punktuelle Ansätze, nicht jedoch ein kraftvolles gemeinsames Vorgehen in dieser wichtigen Frage“ (Mitteilung vom 9.11.10). Inhaltlich geht es darum, die ambulante und die stationäre Versorgung stärker zu verzahnen. Dazu gehört in schrumpfenden Regionen die standort- und sektorenübergreifende Kooperation, andernorts gelte es, ein doppeltes Vorhalten von Geräten und Fachpersonal in Praxen und Krankenhäusern zu vermeiden. Ferner sollen telemedizinische Anwendungen erprobt werden oder Fallkonferenzen von Klinik- und Praxisärzten das Überleitungsmanagement der PatientInnen verbessern. Ein gemeinsamer Lenkungsausschuss wird regionale Pilotprojekte initiieren und begleiten. Beide Partner fordern interessierte Gruppen, Verbände und Unternehmen auf, mitzuarbeiten und ihre Ideen einzubringen.

www.kommunale-info.de

Protestmarsch gegen die Privatisierung städtischer Altenheime: BOCHUM. Die Beschäftigten in den städtischen Alten- und Pflegeheimen machen am kommenden 1. Mai mit einer Aktion deutlich, dass sie die Privatisierung der städtischen Einrichtungen ablehnen. Mit einem eigenen Demoblock sowie Transparenten und Schildern wollen sie am Tag der Arbeit die Öffentlichkeit auf ihre Situation aufmerksam machen. In einer Pressemitteilung von Verdi heißt es: „Gesundheit und Pflege muss weiterhin öffentliche Aufgabe bleiben. Verdi lehnt die Privatisierung in Form der Ausgründung in eine GmbH ab. „Wir befürchten, dass der wahre Grund die Möglichkeit einer verstärkten Outsourcing-Politik nach Gründung der GmbH ist. Die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse wäre die Folge“, so Gudrun Müller, Geschäftsführerin des Verdi-Bezirk Bochum-Herne. Im vergangenen Dezember hatte die Verwaltung ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Firma Curacon im März im zuständigen Betriebsausschuss vorgestellt hat. Die Empfehlung der Gutachter wurde eins zu eins in die Beschlussvorlage der Verwaltung für die Sitzung am 10. Mai übernommen.

www.bo-alternativ.de

Linke Krefeld fordert SWK zum Stopp bei Atomstrom auf: KREFELD. Die Linke Ratsgruppe in Krefeld fordert die SWK in einem Ratsantrag zum sofortigen Stopp der Atomstromlieferungen durch ihr Netz auf. „Man muss den Stopp der Atomstromlieferungen lediglich wollen, dann finden sich auch Wege zum Wohle unserer Stadt“, beugt Die Linke etwaigen Bedenkenträgern vor. Gabriel weiter: „Zusätzlich schlägt Die Linke vor, dass auf allen öffentlichen Gebäuden unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes Solarstromanlagen installiert oder – alternativ – die Dächer an Solarstrombetreiber vermietet werden. Krefeld ohne Atomstrom ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bei der die Stadt eine Vorreiterrolle spielen sollte, vielleicht ziehen andere Kommunen nach und machen den Prozess unumkehrbar. Wir wollen eine wirkliche Wende auf dem Energiesektor in Krefeld und nicht eine Scheinlösung, wie sie der Atomkompromiss von SPD und Grünen auf Bundesebene bedeutete. Die Linke fordert in diesem Zusammenhang zum Protest gegen die Atomkraft auf und bittet die Bevölkerung sich an Petitionen, Mahnwachen und Demonstrationen zahlreich zu beteiligen.“

<http://die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen>

Anfrage: Gibt es noch Privatsphäre für Ein-Euro-Jobber? MÜNCHEN. In der Vorlage des Sozialreferats zu den Ein-Euro-Jobs für die Sitzung vom vergangenen Donnerstag findet sich folgende

Passage (S.5): „Im Rahmen der AGH-MAE-Beschäftigung werden Erkenntnisse über Eignungs- und Interessenschwerpunkte inkl. Qualifikation sowie Motivation und Arbeitsbereitschaft vermittelt. Die AGH-MAE-Beschäftigten liefern den Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittlern somit wichtige Hinweise für die zukünftigen Vermittlungsstrategien zur Arbeitsaufnahme.“ Diese Formulierung lässt sich auch so lesen, dass die Ein-Euro-Jobs genutzt werden, um Erkenntnisse über die Betroffenen zu gewinnen, die aus den üblichen Unterlagen nicht zugänglich sind. Viele dieser Erkenntnisse befinden sich aber aus gutem Grund nicht dort; so sind Informationen über die Art von Erkrankungen sowie über die „Arbeitsbereitschaft“ in Arbeitszeugnissen nicht zulässig, und die Weitergabe der durch Ämter (etwa die Bezirkssozialarbeit) gewonnenen privaten Informationen ist ebenso untersagt. Im Falle eines Ein-Euro-Jobs besteht die Möglichkeit, dass – auch über die sozialpädagogische Betreuung – höchst sensible Informationen gewonnen werden, die bei regulären Arbeitsverhältnissen zwischen Arbeitgeber und Arbeitsagentur bzw. zwischen Sozialarbeiter und Arbeitsagentur nicht weitergegeben werden dürften. Sensibel können unter den Bedingungen des SGB II bereits Informationen über Partnerschaften der Betroffenen sein. Gleichzeitig eröffnet sich bei Fragen von „Motivation“ und „Arbeitsbereitschaft“ ein Feld, in dem vielfache Deutungen möglich sind (schließlich kann ein Ein-Euro-Job aufgezwungen werden); hier hätte eine Wertung von Verhaltensweisen ohne Einspruchsrecht der Betroffenen womöglich dauerhaft nachteilige Folgen. Ein unkontrollierter Austausch solcher Informationen wäre eine schwere Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Vor diesem Hintergrund stellte die Stadträtin Dora Henn eine umfangreiche Anfrage dazu. (Stichwort: 110420_SOZ_DH_Anfr_Privatsphaere_1-Euro-Jobber)

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Diskriminierungsfreies Verfahren einleiten: OLDENBURG. Die Linke stellt folgenden Antrag zur Beschlussfassung im Rat: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, von der EWE als gegenwärtigem Konzessionsträger für die Leitungsnetze von Strom und Gas in Oldenburg die energiewirtschaftlichen und technischen Daten für das Konzessionsvergabeverfahren nach § 46 EnWG einzuholen, möglichen Mitbewerbern zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches die Stadt auf der Grundlage dieser Daten instand setzt, die Wirtschaftlichkeit des käuflichen Erwerbs der Netze und die Gründung eigener Stadtwerke

zu berechnen und mit einem Angebot des Altkonzessionärs vergleichbar zu machen. Die Netzdaten müssen so exakt sein, dass die Bestimmung von Umfang, Alter und Wert des Netzes sowie die mit dem Netzbetrieb erzielbaren Erlöse daraus ersichtlich sind. Begründung: In den Hinweisen des Niedersächsischen Landeskartellbehörde vom März 2010 an die Konzessionen vergebenden Kommunen zur Durchführung des diskriminierungsfreien Konzessionsvergabeverfahrens nach § 46 EnWG heißt es unter Punkt 5, dass potentielle Interessenten des wettbewerblichen Konzessionsvergabeverfahrens in die Lage versetzt werden müssen, mit Hilfe einer Wirtschaftlichkeitsberechnung eine seriöse Entscheidung über die Teilnahme am Konzessionswettbewerb zu treffen. Und weiter wird unter Ziff. 5 der Hinweise ausgeführt, dass potentielle Mitbewerber die vollständige Information über alle Netzdaten haben müssen, über die der bisherige Konzessionär verfügt. Es ist durchaus möglich, dass mögliche Konkurrenten der EWE sich am Wettbewerb gar nicht beteiligen, weil sich die großen Energiekonzerne die Regionen der Bundesrepublik nach Interessenzonen bereits untereinander aufgeteilt haben. Um den bisherigen Konzessionär dann wenigstens einem gewissen Wettbewerbsdruck auszusetzen und damit zu zwingen, ein für die Stadt günstiges Angebot zu unterbreiten, sollte auf der Grundlage der von der EWE anzufordernden Netzdaten ein durch ein Gutachten durchgerechnetes Alternativmodell eigener Stadtwerke berechnet und mit dem Angebot der EWE verglichen werden.

<http://fraktion-dielinke.kdo.de>

Bildungspaket – kleine Leistung, großer Aufwand – unsichere Qualität: KÖLN. Nachdem die ganz große Hartz-IV-Koalition statt verfassungsgemäßer Regelsätze lieber das sogenannte „Bildungs- und Teilhabepaket“ beschlossen hat, sind die Kommunen vor Ort mit den Problemen der Umsetzung konfrontiert. Bis zum 30.4.2011 sollen die Anträge gestellt sein. Bislang sind aber z.B. bei der Kölner Stadtverwaltung gerade einmal von 2% der Berechtigten Anträge eingegangen. Hier zeigen sich wieder einmal die großen handwerklichen Mängel im Hause von der Leyen: „Das mickrige Paketchen droht nun auch noch im bürokratischen Chaos zu versacken. Die Bundesregierung schädigt damit die Kinder – deren Existenzminimum sollte mit dem Bildungspaket gesichert werden. Als Sofortmaßnahme sollten jetzt die Leistungen an alle Betroffenen rückwirkend pauschal ausgezahlt werden. Außerdem müssen alle leistungsberechtigten Familien angeschrieben und umfassend über ihre Rechte aufgeklärt

werden“, fordert Matthias W. Birkwald, Kölner Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages. Gisela Stahlhofen, Mitglied des Kölner Rates und Vertreterin im Ausschuss Soziales und Senioren dazu: „Wir werden darauf drängen, dass die Kinder qualitätsvolle Nachhilfe erhalten. Es darf nicht an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Kinder vorbei entschieden werden, welche Förderung angeboten wird und von wem.“ www.linksfraktion-koeln.de

Kiel ist kein Gefängnis mehr! KIEL. Die Ratsfraktion Die Linke begrüßt im Namen der Betroffenen den Beschluss des schwarz/gelben Landeskabinetts, die Residenzpflicht in Schleswig Holstein aufzuheben. „Die Residenzpflicht bedeutete Ausgrenzung, Demütigung, Isolierung und Entrechtung. Endlich gilt das Menschenrecht auf Mobilität für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, wie für alle anderen Menschen auch. Kiel ist jetzt kein Gefängnis mehr!“, stellt die sozialpolitische Sprecherin Ayse Fehimli fest. Die Residenzpflicht nötigte AsylbewerberInnen sich permanent in dem Kreis (also zum Beispiel der Stadt Kiel) aufzuhalten, in der ihre Unterbringung angeordnet wurde. Diese Praxis ist einzigartig in Europa. Da Verstöße gegen die Residenzpflicht als opferlose Straftat in die Kriminalstatistik einfließen, erhöhte sie die Fallzahlen bei AsylbewerberInnen und führte zu stigmatisierenden Polizeikontrollen. Politisch und gesellschaftlich betriebene Ein- und Ausschlüsse hinterlassen bei allen Beteiligten ihre Spuren. Deswegen unterstützt die Ratsfraktion Die Linke auch das Engagement der Linksfraktion im Landtag und im Bund, um die Residenzpflicht deutschlandweit zu Fall zu bringen. www.linksfraktion-kiel.de

Deutscher Städtetag zum Bildungspaket: BERLIN. Die Zahl der Eltern, die Leistungen aus dem Bildungspaket für ihre Kinder beantragen, steigt. In einer aktuellen Umfrage des Deutschen Städtetages berichten 93 von 108 Städten von einer zunehmenden Tendenz bei den Anträgen der Hartz-IV-Empfänger. Knapp drei Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes liegt in etwa einem Drittel der befragten Städte der Anteil der Berechtigten, die Anträge gestellt haben, über 10 Prozent, in einem Fünftel der Städte bereits zwischen 15 und 35 Prozent. Bei zwei Dritteln der Städte sind es derzeit noch unter 10 Prozent. „Das Bildungspaket kommt voran, Umsetzung und Information in den Städten laufen auf Hochtouren. So kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes braucht es aber etwas Zeit und Geduld bis alle Eltern erreicht werden“, erklärte die stellver-

tretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Monika Kuban, heute anlässlich des Treffens von Bund, Ländern und Kommunen zur Umsetzung des Pakets. Mit Anlaufschwierigkeiten beim Bildungspaket sei allerdings von vornherein zu rechnen gewesen, darauf habe der Deutsche Städtetag frühzeitig aufmerksam gemacht. Kuban erinnerte daran, dass die Kommunen erst im Vermittlungsverfahren, das am 21. Februar endete, für die neue Aufgabe für zuständig erklärt wurden. www.staedtetag.de

Energiewende nur mit Kommunen: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet bei der Neuausrichtung der Energieversorgung eine stärkere Einbindung der Kommunen und ihrer Stadtwerke. „Die Zukunft von Energieversorgung und -erzeugung ist dezentral. Schon jetzt unterstützen die Stadtwerke und Kommunen die dezentrale Versorgung mit Energie. Das Investitionsvolumen der rund 1400 Stadtwerke beträgt aktuell über 8 Mrd. Euro für 5 000 Megawatt Stromerzeugung. Das entspricht fünf mittleren Atomkraftwerken. Dieses Potenzial von derzeit knapp 10 Prozent der Energieerzeugung in Deutschland lässt sich ohne weiteres verdoppeln, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft“, sagte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg. Die Lösung für die anstehende Energiewende dürfe dagegen nicht bei den Großkonzernen oder in der Europäisierung des Energiemarktes, also des Imports von Atomstrom aus dem Ausland, gesehen werden, so Landsberg weiter. Gleichzeitig fordert der DStGB ein Sprinterprogramm für den Netzausbau, Planungsverfahren und Energieeffizienz. Die Planungsverfahren müssen gestrafft und die Bürgerbeteiligung modernisiert werden. Dazu gehört eine vernünftige Informationspolitik bevor die Bagger fahren und die neuen Trassen ziehen. Dazu gehört auch, dass die Kommunen, die von den Leitungen betroffen sind, an der Wertschöpfung beteiligt werden. Konzentration von Planungsvorhaben darf aber nicht bedeuten, dass die kommunale Planungshoheit ausgehebelt wird. Das wäre für die Akzeptanz der Bürger kontraproduktiv. Die Bundesregierung muss auch viel stärker Investitionen in die Energieeffizienz fördern. Die beste Energie ist die, die man einspart, denn die braucht man erst gar nicht zu produzieren. Bei den rund 176 000 kommunalen Gebäuden gibt es noch eine Steigerung der Energieeffizienz um rund 60 Prozent. Wer hier vorankommen will, darf die Fördermittel nicht reduzieren, was zurzeit geschieht.

www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Thema Wirtschaftsdemokratie

Im Verlauf des Jahres 2010 und in diesem Jahr sind aus den Zusammenhängen des IG Metall Bezirks Niedersachsen/Sachsen-Anhalt eine Reihe von Veröffentlichungen hervorgegangen, die neuerlich ein Konzept zur Wirtschaftsdemokratie vorstellen und eine Debatte hierzu einfordern. Die Initiatoren beziehen sich dabei positiv auf Äußerungen und Standpunkte von IG-Metall-Vorstandsmitgliedern, nicht zuletzt, um deutlich zu machen, dass das Konzept für die verschiedenen Strömungen innerhalb der IG Metall anschlussfähig ist. Es ist wohl damit zu rechnen, dass für den diesjährigen Gewerkschaftstag Anträge vorliegen werden, die eine entsprechende Kampagne als zentrales Aktionsfeld für die kommende Jahre festzurren sollen. Nach dem letztendlichen Scheitern der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft und vor dem Hintergrund anhaltender Schwierigkeiten in verschiedenen Wirtschaftssektoren (und Betriebsgrößen) sowie in bestimmten Beschäftigten-segmenten gewerkschaftliche Präsenz auszubauen, könnte eine solche Debatte tatsächlich versprechen, sich über die aktuelle Strukturierung des Wirtschaftsgeschehens zu verständigen. In Betracht zu nehmen wären dabei auch die handelnden Wirtschaftssubjekte, bestehende Eigentumsformen, bis hin zu neuen Formen von genossenschaftlichem Eigentum und Belegschaftseigentum, und sicherlich auch die eigenen Analyseinstrumente zur Beurteilung von Wirtschaft und Gesellschaft oder auch das problematische Verhältnis von kollektiver Interessendurchsetzung und subjektiver Emanzipation. Es scheint jedoch, dass bei den Überlegungen der Autoren eine gewisse Engführung stattgefunden hat, die stark auf die politisch/rechtliche Regelungsebene, also auf die Machtseite fokussiert, wohingegen die stoffliche Seite des Wirtschaftens (neue Eigentumsformen, Innovationen, neue Kombinationen oder die Selbstbestimmung im Arbeitsprozess) weniger ins Blickfeld gerückt wird. Der folgende Beitrag bezieht sich wesentlich auf einen Artikel, der in der Ausgabe 7-8/2010 der Zeitschrift Sozialismus erschienen ist.¹

Das von Hartmut Meine und Uwe Stoffregen (beide IG Metall Bezirksleitung Hannover/Sachsen-Anhalt) vorgestellte Konzept nimmt für sich in Anspruch ein Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus zu sein. Es ist ausdrücklich als Zwischenschritt zu einer solidarischen Gesellschaft (also als gesellschaftspolitischen Konzept) konzipiert. Durch demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Unternehmensvielfalt und Demokratisierung unternehmerischer Entscheidungsprozesse, so die Kurzfor-

mel, soll die Orientierung der Unternehmen am Gemeinwohl gefördert und die Wirksamkeit einer wirtschaftlichen Rahmenplanung gestärkt werden. Drei Eckpunkte des Konzepts werden vorgestellt.

1. Aktiver Staat in Politik und Wirtschaft. Unter dieser Überschrift wird ausformuliert, in welchen Bereichen der Staat aktiv in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen soll oder selbst als Wirtschaftssubjekt handeln soll. Folgende Bereiche sind aufgezählt: Finanzsektor; Industriepolitik, Dienstleistungspolitik, Arbeitsmarkt-, Innovations-, Regional- und Strukturpolitik. Ein wesentlicher gedanklicher Ausgangspunkt der Autoren ist, dass der Staat im Gegensatz zum Markt eine Neuausrichtung des Wirtschaftens auf ökologisch und sozial gewährleisten könne.

2. Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen. Orientierungspunkt für die Überlegungen dieses Abschnitts ist die Montanmitbestimmung. Als konkrete Eckpunkte werden genannt: Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung auf Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten. Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten (Wirtschaftsausschuss) in kleinen Betrieben. Schlupflöcher, die das Aushebeln der Unternehmensmitbestimmung ermöglichen, sollen geschlossen werden. Ein Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte im Aktiengesetz wird vorgeschlagen.

3. Kombination von privatem und öffentlichem Eigentum an Unternehmen und Banken. Für die Banken, die im Fokus der Aufmerksamkeit stehen, wird das Vorhandensein einer Vielfalt von Eigentumsformen festgestellt. Es wird für eine sinnvolle Kombination von privatem und öffentlichem (staatlichem) Eigentum plädiert. Vorgeschlagen wird weiter ein bundesweiter Beteiligungsfond zur Unternehmenssicherung (Public Equity).

Gewissermaßen als Modell einer Einflussnahme der Öffentlichkeit auf die Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen wird die staatliche Beteiligung an Industrieunternehmen (positive Beispiele Salzgitter und Volkswagen) propagiert. Staatliche Unternehmen sollen vor allem solche sein, die in Bereichen strukturbestimmend sind, welche für die öffentliche Daseinsvorsorge Relevanz haben. Wo staatliche Stützung stattfindet, müsse auch demokratische Kontrolle stattfinden – Mitsprache der Belegschaftsvertretungen bei wirtschaftlichen Entscheidungen.

Als konkrete Auseinandersetzung um die Form des Eigentums wird auch der anhaltende Kampf gegen Privatisierung vorgestellt. Folgende Bereiche sind benannt: Krankenversicherung, Bildungs-

Bund der Arbeitgeber kritisiert Lokführerstreik. *FAZ, Die.* 19.4.2011. Der Präsident der BDA, Dieter Hundt, hat die Lokführergewerkschaft GDL scharf kritisiert. „Die GDL missbraucht als Minderheitsgewerkschaft das Streikrecht für die Sonderinteressen einer kleinen Gruppe. Damit legt sie den gesamten Betrieb lahm und schädigt Bahnkunden und Wirtschaft.“ Das sei angesichts des bestehenden Tarifvertrags für alle Arbeitnehmer erpresserisch und unverantwortlich.

Verband der Beschäftigungsgesellschaften beklagt Kürzung von 1-Euro-Jobs. *FAZ, Die.*, 26.4.2011. Die Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, T. Smith, beklagt die Kürzung der staatlichen Mittel für die Eingliederung der Langzeitarbeitslosen. 400 Beschäftigungsgesellschaften sind in diesem Verband vertreten. Bis 2014 sollen die Bundesmittel von 5 auf weniger als 3 Mrd. Euro gekürzt werden. Auch zahlreiche Sozialarbeiterjobs zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt fielen dadurch weg. 1-Euro-Jobs wurden bereits von 320 000 auf 200 000 gekürzt.

DIHT-Präsident beschwert sich über Regierungspolitik. „Die Koalition vermittelte in den letzten Wochen ein gerüttelt Maß an Orientierungslosigkeit“, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, H.-H. Driftmann. Schwarz-Gelb solle die gute wirtschaftliche Entwicklung nutzen, die Weichen für dauerhaftes Wachstum zu stellen. Dringlich sei eine Reform des Tarifverlaufs der Einkommenssteuer. Mit dem Abbau der steilen Progression bei unteren und mittleren Einkommen müsse noch in diesem Jahr begonnen werden. Auch sei die Unternehmenssteuerreform mehr als überfällig. Als Entgegenkommen biete Driftmann an, die Steuerreform durch Abbau von Subventionen gegenzufinanzieren. Er fordert auch bessere Abstimmung umweltpolitischer Vorgaben. Mit seinen überarbeiteten wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen biete der DIHK der Regierung Unterstützung an.

BDI: schneller Atomausstieg gefährdet Basis deutscher Industrie. *HB, Die.*, 26.4.2011. Für Unternehmen, die besonders auf Energie angewiesen seien, könne ein Ausstieg aus der Atomkraft-Nutzung bis 2017 die Energiepreise um 222 Prozent in die Höhe treiben und die Branche damit existenziell gefährden, so der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, H.-P. Keitel. Es drohen dramatische Folgen für die Produktion und die Arbeitsplätze in Deutschland. Dabei gehe es um hochmoderne Firmen in der Weltspitze mit Hunderttausenden von Arbeitsplätzen.

Zusammenstellung: rst

bereiche, Energieversorgung und kommunale Dienstleistungen. Hier werden auch noch einmal die Banken behandelt: die letzten Jahre hätten gezeigt, dass die staatliche Beteiligung an Banken oder der staatliche Besitz von Banken nicht vor Problemen feie. Einen Lösungsansatz sehen die Autoren in der erweiterten Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften. Auch unternehmensnahe Stiftungen werden als Gegenmodell zu finanzmarktgetriebenen Industrieunternehmen gesehen (Bosch, ZF Friedrichshafen, Zeiss). Erfahrungsgemäß ginge es diesen Unternehmen trotz aller weiterhin bestehenden Konflikte um eine nachhaltigere Unternehmenspolitik.

Die Frage, ob es ein Revival der Genossenschaften gibt, wird mit einem Fragezeichen versehen. Genossenschaften im Wohnungsbaubereich und dem Bankenbereich werden als relevante Felder gesehen. Ebenfalls wird eine gewisse Wiederbelebung in „kleinteiligen Bereichen“ wie regenerativen Energien diagnostiziert. Ein Feld, das zu diskutieren sei.

Als Voraussetzung für eine Mischwirtschaft, wie sie von den Autoren vorgestellt wurde, werden drei wesentliche Eckpunkte benannt: • Politische Demokratie • Sozialstaat • Tarifautonomie. Als erstes fällt bei der Lektüre auf, dass die Autoren stark auf die formalrechtliche Mitbestimmung fokussieren, wie sie heute vorliegt; wesentlich wird vorgeschlagen, sie quantitativ weiter auszubauen. Probleme der Mitbestimmungspraxis werden nicht thematisiert. Welche Erfahrungen liegen z. B. in Aufsichtsräten vor? Die Beispiele, in denen die Belegschaftsvertreter um alternative Entwicklungskonzepte gerungen haben, sind nicht gerade Legion. Wie soll die repräsentative Mitbestimmung in den kleinen und Kleinstbetrieben ausgefüllt werden?

Auf einer im Oktober 2010 zum Thema durchgeführten Tagung wurde von dem Soziologen M. Schumann ein kritischer Gesichtspunkt bezüglich des Mitbestimmungskonzeptes vorgetragen. Mitbestimmung breche nicht die Herrschaft des Kapitals, „sondern (sei) im Gegenteil betriebswirtschaftlich nützlich, da sie die Leistungsbereitschaft und Loyalität der Belegschaften steigere und sie bei strukturellen Veränderungen kooperativ mitspielen lasse.“² Dem ist sicher entgegenzuhalten, dass das bundesrepublikanische Mitbestimmungskonzept überhaupt nicht ausgeschöpft ist und beispielsweise unterhalb der Schwelle „Kapitalmacht brechen“ enorme Möglichkeiten vorhanden wären, die Arbeit zu gestalten und damit direkt die Produktivkräfte (man könnte auch sagen die Produktionsverhältnisse) zu entwickeln. Aber Schumanns angedeutete Kritik, dass die klassischen Vertretungskonzepte und das hinterlegte Politikverständ-

nis ganz stark auf Vereinheitlichung zielen – selbst da noch, wo diese Vereinheitlichung schon lange keinen Halt mehr in den komplexen Bedingungen der Arbeit, der Arbeitsvollzüge, aber auch der individuellen Lebensentwürfe mehr findet (am deutlichsten vielleicht zu sehen an dem Problem, heute eine gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik zu formulieren) – ist anders akzentuiert. Es geht Schumann darum, dass die tradierten Formen der Repräsentanz eher die in der Produktion vorgefundenen Formen der Hierarchie reproduzieren, denn einen eigenen demokratisch/emanzipativen Ansatz präsentieren, der heute jedoch ein konstitutives Moment wäre, wollte man die Arbeitsbeziehungen und die Produktionsverhältnisse weiterentwickeln. In diese Debatte gehören z. B. auch die in den Gewerkschaften nach wie vor verbreiteten Vorbehalte gegen Individualrechte im Arbeitsrecht/am Arbeitsplatz. Natürlich müssen Gewerkschaften auch heute z.B. in Tariffbewegungen kollektiv handlungsfähig sein, also vereinheitlicht handeln, aber das beschriebene Problem ist eines eigener Güte und berührt heute die Grundlagen gewerkschaftlicher Existenz.

Der nach wie vor starke und wirksame Wunsch, nach einer vereinheitlichten Arbeiterklasse, die auf den Punkt hin mobilisierbar ist, wird auch sichtbar an der verbreiteten Neigung, die Gesellschaft und ihr komplettes Geschehen auf den Punkt zu bringen („finanzmarktgetriebener Kapitalismus“). Der Gedanke, es gebe eine zentrale Steuerungsinstanz, die dem gesamten wirtschaftlichen und sozialen Prozess seine Richtung eingibt, legt nahe, diese zentrale Steuerungsinstanz durch eine andere (an Gerechtigkeit orientierte) zu ersetzen. Die Figur, die hier als Modell dient, ist ausdrücklich die Mitbestimmung wie sie bei Volkswagen oder dem Stahlwerk Salzgitter entwickelt wurde. Abgesehen davon, dass dieses Modell keinen Halt in anderen Betriebsgrößen finden könnte, ist das Subjekt und die Emanzipation der Subjekte in dieser Form der Vertretungspolitik jedenfalls ziemlich unterbelichtet – auch als Zielvorstellung.

Auf der eben erwähnten Tagung in Hustedt äußerte H.-J. Urban, geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der IG Metall, das Hilferdingsche Konzept der Eroberung der Commandobrücken ginge nicht mehr, da die Ökonomie heute transnational sei. Hilferding hatte 1910 eine Analyse der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie vorgelegt und dabei auf die Tendenzen zur Vertrustung und Monopolisierung fokussiert, dabei auch die Verschmelzungstendenzen von Industrie- und Finanzkapital untersucht. Schlussfolgerung: Die Zentralisierung der Macht unter der Regie des großen Geldes entledigt das Kapital der Rücksichtnahme auf Interessen der Arbeiterschaft, wie sie dort

noch üblich ist, wo sich der Kapitalist und der Arbeiter im täglichen Geschäft begegnen und die Konflikte austragen. Der Staat wird ein Anhängsel der großen Monopole, die gewissermaßen schon eine gesamtwirtschaftliche Lenkung und Planung repräsentieren. Die eigentliche, und heute würde man sagen nachhaltige, Pointe bei Hilferding war jedoch, dass er die diagnostizierte Monopolisierung der wirtschaftlichen Struktur als übernahmefähig betrachtete. Die monopolisierte Kapitalistenklasse repräsentiert das Verwertungsinteresse, wohingegen die Arbeiterklasse als vergesellschafteter, aber gefesselter Gesamtarbeiter das soziale, das gesellschaftliche Interesse vertritt. „Die vergesellschaftete Funktion des Finanzkapitals erleichtert die Überwindung des Kapitalismus außerordentlich. Sobald das Finanzkapital die wichtigsten Produktionszweige unter seine Kontrolle gebracht hat, genügt es, wenn die Gesellschaft durch ihr bewusstes Vollzugsorgan, den vom Proletariat eroberten Staat, sich des Finanzkapitals bemächtigt, um sofort die Verfügung über die wichtigsten Produktionszweige zu erhalten.“³

Hilferdingsahergodie Zentralisierung der Gewerkschafts- und politischen Arbeiterbewegung parallel zum Kapital als adäquat (und positiv) an. Hilferdings Arbeit ist ein Werk, das mit der Stomokap-Theorie nicht seine letzte Anwendung fand. Dies ist noch in dem Beitrag von Hans-Jürgen Urban selbst spürbar, wo er aus dem Fakt einer transnationalen Ökonomie ableitet, wirtschaftliche Steuerung habe vier Ebenen – Europa (Rahmenplanung) / staatlich (politische Steuerung/Demokratie) / regional (regionale Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt) und betrieblich (Mitbestimmung/„demokratische Arbeit“). Die tatsächlichen Vorgänge, zumal diejenigen, die wirtschaftliche Entwicklungen einleiten, widersetzen sich doch einer solchen schematischen und hierarchischen Einteilung. Heute finden sich Energieunternehmen in kommunalem Besitz, die international agieren und auf keine europäische Rahmenplanung warten; Innovationen, die wohl wesentlich auf betrieblicher Ebene initiiert werden, widersetzen sich ebenso der Terminierung durch eine europäische Rahmenplanung, und in Europa hängt heute regionale Strukturplanung nicht selten von eben den Entscheidungen auf europäischer Ebene ab, findet also nicht einfach auf der regionalen Ebene statt. Die Vorstellung der „Rahmenlenkung“ ist nach wie vor mit einem zentralistischen Konzept und der Vorstellung verknüpft, man könne das gesamte Wirtschaftsgeschehen zentral abbilden (verstehen) und lenken (das Gute von oben nach unten durchträufeln lassen), trifft aber die Komplexität des wirtschaftlichen Geschehens nicht und wird auch nicht den einzelnen Ebenen gerecht.

In diesem Zusammenhang fällt auch auf, dass es so etwas wie eine Nichteinlassung auf den gesamten Fragenkomplex der wirtschaftlichen Entwicklung gibt. Was wirtschaftliche Entwicklung ausmacht und vorantreibt, wird nicht thematisiert. Wenn man den Beitrag liest, entsteht der Eindruck, sie ergäbe sich irgendwie aus dem „gesellschaftlichen Interesse“ und wäre garantiert durch demokratische Verfahren. Eine Auseinandersetzung mit der Rolle der verschiedenen Wirtschaftssubjekte, ihrer jeweiligen Funktion in den heutigen Wirtschaftsabläufen, die möglichen Felder, in denen Kollektive abhängig Beschäftigter künftig die wirtschaftliche Entwicklung aktiver gestalten könnten, wo Innovationen heute stattfinden, wie überhaupt „neue Kombinationen“ entstehen, findet nicht statt.

Die Autoren sagen, es gehe ihnen nicht um die „unreflektierte Verwendung“ des historischen Begriffs der Wirtschaftsdemokratie, sondern darum, ihn „neu zu füllen“.

Der historische Begriff der Wirtschaftsdemokratie war wesentlich von F. Naphtali begründet.⁴ Für ihn aber war die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung eher noch ein Problem als für die Initiatoren der aktuellen Debatte. Er fragte nach der Bedeutung von (noch jungen) Gewerbebetrieben und Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft als Bezugspunkte der Genossenschaftsbewegung. Dagegen finden in dem von der IG-Metall-Bezirksleitung vorgelegten Konzept Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie beispielsweise von J. Schumpeter vorgelegt wurden, keinerlei Reflexionen. In diesen geht es unter dem Stichwort „neue Kombinationen“ darum, zu operationalisieren, welche Formen von Veränderungen im produktiven Apparat vorkommen und wodurch diese Veränderungen getrieben werden.⁵

Ein wenig wirkt es so, als seien diese Fragestellungen für die Autoren einfach kein Problem. Mit der Orientierung „sozial/ökologisch/demokratisch“ scheint alles klar. Dies ist jedoch sicherlich nicht der Stein der Weisen und der Ansatz ist alles andere als in sich widerspruchsfrei. Wo unter dieser Überschrift Konkretisierungen stattfinden, knallen doch häufig die unterschiedlichsten Ansprüche aufeinander. Wer füllt das Konzept „sozial/ökologisch/demokratisch“ aus? Der Staat? Die Wissenschaft? Die Leitung? Die geläuterte Partei? Ein fürsorglicher Gewerkschaftsapparat? Sich einfach auf die Konkretisierungen und die einzelnen möglichen Gegenstände einzulassen, wäre der eigentliche Startpunkt einer erneuten Debatte um Wirtschaftsdemokratie – und die Gewerkschaften hätten aufgrund ihrer äußerst heterogenen Mitgliedschaft und der versammelten Kenntnisse die Möglichkeit, Debatten zu verdichten.

Tatsächlich werden bisher nicht ein-

mal Anleihen an die früheren Bewegungen der Produktkonversion genommen. Sicherlich schlägt hier auch durch, dass eigentlich nach der HdA-Phase (Humanisierung der Arbeit) eine eigenständige Beschäftigung der Gewerkschaften mit Innovation und Technikentwicklung/Technikeinsatz aufgehört hat. Dies ist allerdings alles andere als ein Grund, die entsprechenden Diskussionsstränge nicht wieder aufzunehmen. In diesem Zusammenhang wirkt auch die immer wieder zu findende Formulierung, die Wirtschaft müsse gesellschaftlichen Bedürfnissen dienen und gesellschaftlichen Entscheidungen gehorchen, etwas fade – mindestens wenn sie nicht mit einem differenzierteren Begriff von heutiger Gesellschaft (Wirtschaft) und ihren Strukturen hinterlegt wird.

Auch scheint ein etwas eigentümlich distanzierteres Verhältnis zu den bestehenden Modellen von Genossenschaften durch. Bedeutung wird ihnen eigentlich nur im Bereich des Wohnens und bei den Banken zugestanden. Die Hände von einer selbstverwalteten Ökonomie besser zu lassen, ist eine alte Linie in der Arbeiterbewegung. Die Fokussierung auf die Erringung der politischen Macht war schon in den frühen 70er Jahren des 19. Jh. durchgesetzt. Damals entstanden vielfach Produktivgenossenschaften, gespeist aus unterschiedlichen politischen Bewegungen. Teils auch auf Basis von Streikaktionen, in denen insbesondere in wenig kapitalintensiven Bereichen die Produktion selbstorganisiert fortgesetzt wurde, um den Streikenden Unterhalt zu sichern. Ihre Aufrechterhaltung stieß jedoch auf vielfache Probleme, wie etwa die rechtlichen Haftungsbedingungen, teils schlechte Arbeitsbedingungen, um in der kapitalistischen Konkurrenz zu bestehen, usf. Die Kritik fokussierte darauf, dass die Arbeiterselbstverwaltung den Lohnkampf behindere und auch die Mitgliederrekrutierung unterlaufe. „Eine ... Einflussnahme der Arbeiterbewegung war jedoch auch langfristig nicht zu erwarten, weil die Propagierung der Selbsthilfeidee und die Unterstützung der genossenschaftlichen Praxis, ... den sich organisierenden Parteien und Gewerkschaften keine Vorteile versprachen, sondern sie im Gegenteil in ihrer Entwicklung zu behindern drohten.“ Tenor: Die Macht erringen, der Rest ergibt sich.⁶

Mit dem Abschied von den Produktionsgenossenschaften hat sich die entstehende Arbeiterbewegung jedoch auch eine Entwicklungsperspektive abgeschnitten. Denn Schritte, die die bestehenden Produktionsverhältnisse transformieren, sind nicht zuletzt neue Kombinationen und Innovation in der Produktion (Produktivkräfte) selbst. Sie kommen aus dem Arbeitsprozess, der Kooperation, aus (wissenschaftlichen) Versuchen und neuen Bedürfnissen, aber wohl weniger aus dem politischen Über-

bau. Hier soll nicht missachtet werden, das auch die öffentliche Hand, und heute mehr als früher, Wirtschaftssubjekt ist und somit die eben angeführten Momente anstoßen kann – allerdings auch auf Basis der Arbeit umfangreicher Fachverwaltungen, die nicht einfach dem politischen Repräsentationssystem zu subsumieren sind. Einzig in einem Beitrag von Hans-Jürgen Urban während der Tagung in Hustedt war der Bezug auf den Arbeitsprozess und die Arbeitsorganisation als Ansatzpunkt für Emanzipation im Arbeitsprozess zu finden.

Das vorgestellte Konzept kann sicher eine Debatte anregen, heutige Voraussetzungen für Bewegungen in Richtung Wirtschaftsdemokratie in den Blick zu kriegen. Der Gesichtspunkt der Emanzipation, Überlegungen jenseits traditioneller Staatsfixierung und die heutige Struktur der handelnden Wirtschaftssubjekte sollten jedoch stärker zum Ausgangspunkt genommen werden. Was bisher vorliegt, schient eher hinter die alten Konzepte zurückzufallen, als sie, wie angekündigt, neu auszufüllen. Eine stärker systemische Analyse der Wirtschaft und der verschiedenen Wirtschaftssubjekte sowie Verschiebungen in ihrer jeweiligen Rolle könnte das Verständnis darüber, wo Formen von Wirtschaftsdemokratie heute ansetzen könnten, auf jeden Fall weiter bringen. Auch die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Gemeinwirtschaft der Gewerkschaften, dem Verblissen des HdA-Konzeptes und die weitgehende gewerkschaftliche Abstinenz in Sachen Arbeitspolitik/Arbeitsgestaltung sollten stärker thematisiert werden.

Rolf Gehring

1 Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hartmut Meine Uwe Stoffregen. In Sozialismus 7/8 2010; S. 40-47

2 Wirtschaft im Dialog zwischen Gewerkschaft und Wissenschaft. IG Metall Dokumentation einer Tagung vom 1. und 2. Oktober 2010 in der HVHS Hustedt; S. 12/13

3 R. Hilferding: Das Finanzkapital. Wien 1910; S. 473

4 Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie – ihr Wesen Weg und Ziel. Erstveröffentlichung 1929 – Diese Veröffentlichung war das Ergebnis einer Untersuchung, die der ADGB in Auftrag gegeben hatte. In ihr wurden die verschiedenen Wirtschaftssektoren genauso betrachtet, wie Konsumgenossenschaften und gewerkschaftliche Eigenbetriebe, wie auch die Arbeitsbeziehungen oder das Bildungssystem.

5 J. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. 1911 – Wirtschaftliche Entwicklung ist für Schumpeter gegeben, wenn die bestehenden wirtschaftlichen Kreisläufe durch einen der folgenden fünf Fälle durchbrochen werden: Herstellung eines neuen Gutes; Einführung einer neuen Produktionsmethode; Erschließung eines neuen Absatzmarktes; neue Bezugsquelle von Rohstoffen; Durchführung einer Neuorganisation wie Schaffung oder Durchbrechung eines Monopols. Initiator einer solchen Entwicklung ist der Unternehmer, dessen Funktion bei Schumpeter nicht an den Kapitalisten gebunden ist.

6 Christiane Eisenberg: Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Verlag Neue Gesellschaft, 1985; S. 83.

Der Stadtwerke-/STEAG-Deal – Chancen und Risiken – Gelungene Rekommunalisierung oder kommunale Konzerntätigkeit?

Der Herausgabekreis *thema in nrw* hat zusammen mit der Linken im Regionalverband Ruhr und in Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen Forum NRW eine Broschüre zum Stadtwerke-/STEAG-Deal herausgegeben. Sechs Ruhrgebietsstadtwerke kaufen 51% des Energieunternehmens Evonik-STEAG GmbH verbunden mit einem Übernahmeplan der restlichen 49% bis Ende 2016. Kaufsumme 1,2 Mrd. Euro. Sie werden damit in den nächsten Jahren zum fünftgrößten Energieerzeuger neben Eon, EnBW, RWE und Vattenfall. Der Kauf ist weitgehend über Banken fremdfinanziert. Seit Februar 2011 sind die Verträge unter Dach und Fach. Der Verkauf-/Kauf-Zeitplan gibt dem Konsortium der Stadtwerke in 2016 Zeit, weitere Partner mit ins Boot zu nehmen.

„Darüber, welche Partner das sein könnten, gab es in den Stadträten politische Auseinandersetzungen. So haben die meisten Stadträte gegen die Stimmen der linken Fraktionen beschlossen, neben kommunalen Partnern auch Investoren aus der Privatwirtschaft zu suchen, insbesondere für die Auslandsgeschäfte.“ (T. Janhoff in der Einleitung der Broschüre.) Eine in der Broschüre dokumentierte, von SPD, Linken und Grünen gemeinsam eingebrachten EntschlieÙung, angenommen vom Rat der Stadt Duisburg am 6.12.2010 trägt den Titel: „Geplanter Mehrheitserwerb von Stadtwerken an STEAG ist kommunalpolitisch und regionalwirtschaftliche sinnvoll und bietet Chancen zur ökologischen Modernisierung der Energieerzeugung“. Darin heißt es unter anderem:

„Stadtwerke sind ein grundlegender Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sinnvolle Kooperation untereinander kann ihre Leistungsfähigkeit steigern und Ihren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger mehren ... Zu einer nachhaltigen Stärkung soll der Erwerb der Mehrheit der zum Verkauf angebotenen Energiesparte des Evonik-Konzerns (STEAG GmbH) ... beitragen. Bundesweit halten die Stadtwerke derzeit nur rund 20% der Energieerzeugung. Mit dem Erwerb der STEAG GmbH könnte das Stadtwerke Konsortium seinen derzeitigen Anteil von 30% Eigenenerzeugung deutlich erhöhen und zur bedeutendsten kommunalen Erzeugungsplattform werden, deren Zweck für Versorgungssicherheit, Preisstabilität und den fortschreitenden ökologischen Umbau steht...“

In der EntschlieÙung fordert der Rat der

Stadt Duisburg seine Vertreter in dem zu bildenden Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft auf, insbesondere auf folgende Punkte hinzuwirken:

Der Erwerb muss mit einer „grundsätzlichen Neuausrichtung des Kraftwerksparkes“ verbunden werden. Kohlekraftwerke müssen durch kleine, dezentrale Anlagen mit hohem Wirkungsgrad ersetzt werden. Die Verhältnisse zwischen Inlands- und Auslandsgeschäften müssen neu geregelt werden. Das Unternehmen garantiert die Mitbestimmung und sorgt für die Einhaltung der ILO-Normen. Der „ökologisch geleitete Umbau der STEAG-Energieerzeugung wird im Gesellschaftsvertrag als Unternehmensziel verankert.“ Die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung und der Ausbau des Fernwärmeverbundnetzes müssen Unternehmensziel sein. Der Geschäftsbereich „Nuclear Technologies“ wird aufgegeben.

Ist das jetzt eine „gelungene Rekommunalisierung“ oder der Einstieg in „kommunale Konzerntätigkeit“ fragen die Autorinnen und Autoren der Broschüre? Eine Fülle von Fragen praktischer Kommunal- und energiepolitischer Unternehmenspolitik stellen sich und müssen beantwortet werden. Die Linke hat in den kommunalen und regionalen Vertretungsorganen sowie im Landtag den Kauf nach intensiven Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Partei unterstützt. Für die Linke stellen sich – genauso wie für SPD und Grüne natürlich auch – unmittelbar praktische wie auch strategische Fragen. Im Vorwort schreiben die Herausgeberinnen und Herausgeber dazu:

„In der modernen Gesellschaft kommt der öffentlichen Verwaltung eine immer größere Bedeutung zu. Die Bürgerinnen und Bürger sind auf eine gut funktionierende Verwaltung dringend angewiesen, weil nahezu sämtliche Lebensbereiche davon abhängig sind. Zwar wird das Leben des Einzelnen dadurch „einfacher“, weil wichtige Grundgüter in der Regel sofort oder relativ schnell verfügbar sind, aber gleichzeitig wird der Funktionsmechanismus der Gesellschaft immer komplizierter, anonym und damit fremdbestimmt ... Vor diesem Hintergrund sind linke Politikerinnen und Politiker in besonderer Weise gefordert, von ihr erwartet die Öffentlichkeit, dass sie Alarm schlagen, wenn politisch beschlossene Umgestaltung zu noch mehr sozialer Spaltung, Degradation und Entdemokratisierung führen. ... Gerade

weil aber die „großen“ und „kleinen“ Themen immer komplizierter werden, insbesondere die oft sehr großen Unternehmungen der Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen Kommune, Land, Bund und Europa, beschränkt sich emanzipatorische Politik nicht auf dieses Wächteramt. Insbesondere dort, wo Die Linke politische Mandate wahrnimmt, erwarten die Bürgerinnen und Bürger von ihr, dass sie in die Rolle der sachkundigen Opposition hineinwächst, gerade in der kommunalen Politik, vor Ort, in den Fragen des täglichen Lebens.“

In diesem praktisch-politischen Kontext steht die Broschüre. *Der Stadtwerke-/STEAG-Deal – Chancen und Risiken. Gelungene Rekommunalisierung oder kommunale Konzerntätigkeit?* war auch der Arbeitstitel einer Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums NRW und der Fraktion Die Linke im Regionalverband Ruhrgebiet am 12. März in Essen. Sie wurde unterstützt vom Herausgabekreis *thema in nrw*. Die Broschüre fasst Beiträge und Diskussionsergebnisse dieser Veranstaltung zusammen.

Ulrich Siegel, Generalbevollmächtigter der Stadtwerke Duisburg berichtet über die Pläne zum Ausbau der STEAG unter kommunaler Mehrheitsbeteiligung als Plattform der Energieerzeugung und ihre wachsende Rolle im deutschen Energiemarkt auf den verschiedenen Geschäftsfeldern der STEAG. Sein Beitrag vermittelt für Außenstehende einen Eindruck, welche Großaufgabe der Umbau dieses weitgehend auf Kohlekraft basierenden Energieunternehmens zu einem modernen, ökologischen, auf erneuerbaren Energien basierenden Energieproduktions- und Energieserviceunternehmens noch bedeutet. Die finanziellen bzw. finanzpolitischen Risiken werden nicht verschwiegen.

Hermann Dierkes, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in Duisburg schildert die Diskussionsprozesse innerhalb der Linken, die zur positiven Entscheidung für den Kauf geführt haben.

Michael Aggelidis, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Die Linke in Nordrhein-Westfalen erläutert die Bedeutung von Dezentralisierung und Demokratisierung für die Energiepolitik. Er regt die Debatte über die Schaffung einer neuen Rechtsform an in Richtung einer „Öffentlichen GmbH“.

Ralf-M. Marquardt, Professor für Volkswirtschaftslehre und Quantitative Methoden an der Fachhochschule Gelsenkirchen befasst sich mit den betriebswirtschaftlichen und energiepolitischen Chancen und Risiken des ökologischen Umbaus der STEAG und mit dessen Auswirkungen am Energiemarkt. Marquardt weist darauf hin, dass sich die Kommunen mit dem Einkauf in

die Energieproduktion zunächst einmal vom Ideal dezentraler Kleinräumigkeit weg bewegen und – noch mehr – sogar mit Auslandsgeschäften den Umbau in Deutschland finanzieren. Die Chance für eine Lösung der Widersprüche zwischen heutigem Ist-Zustand der STEAG und den kommunalpolitischen Zielen der bürgernahen Daseinsvorsorge sieht er in der Entwicklung und Sicherstellung einer „demokratisch partizipativen Unternehmenskultur“.

Ulla Lötzer, MdB Die Linke weist auf die Bedeutung der politischen Zielvorgaben für die Unternehmenspolitik hin, ohne die auch Unternehmen in kommunalem Besitz letztlich Konzernpolitik im Energiemarkt betreiben.

Im Abschlussbeitrag „STEAG zu 51% kommunal – jetzt muss es ‚losgehen‘. Ein Ausblick auf Grundlage der Diskussion“ betont Wolfgang Freye, Fraktionsvorsitzender Die Linke im Regionalverband Ruhr: „Ob der Kauf der Steag durch die Stadtwerke der sechs Ruhrgebietskommunen tatsächlich zu einer anderen Energiepolitik beiträgt oder nicht, wird sich in der Geschäftspolitik der kommenden Monate und Jahre zeigen. Der Kauf allein, die 51%ige Beteiligung der Stadtwerke,

ändert noch nichts.“

Der Beitrag berichtet sodann über die Diskussion zur weiteren Entwicklung und demokratischen Einflussnahme, Kontrolle und Steuerung der Steag. Gefordert werden Kontrollmechanismen, die nicht nur die Kommunen und die Beschäftigten sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher berücksichtigen, denn ein „politisches Unternehmen“ muss auch daran gemessen werden, welchen Nutzen es den Verbraucherinnen und Verbrauchern bringt. Gefordert ist also eine ganz andere Unternehmenspolitik, deren Ziele, Praktiken und Verfahrensweisen in der Praxis entwickelt werden müssen. Um eine solche „gemeinwirtschaftliche“ Unternehmenspolitik sicherzustellen sind auch neue Rechtsformen gefordert, die diese Unternehmenspolitik an ihren öffentlichen Auftrag binden.

Überall, wo sich Die Linke in den Westbundesländern auf dem Gebiet praktischer Kommunal- und Landespolitik bewegt, stößt sie auf diese Fragen. Deshalb ist die Broschüre auch außerhalb des regionalen Zusammenhangs der sechs Ruhrkommunen mit Gewinn zu lesen.

Christoph Cornides

Linke Debatte 3: Vorstellung der Broschüre 18/2011 im Rahmen der „Studienreihe: Gesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“ unter der Überschrift: „Sport – Kultur – Kult – Olympia“:

Teil 1: Sportklettern – Alpinismus

Beiträge: „Der verkörperte Aufstieg. Klettern im Neoliberalismus.“ (von Prof. Dr. Klaus Weber) – „Nicht im ‚Seilsalat‘, sondern im ‚Theoriesalat‘ gefangen: Kritische Anmerkungen zur ‚neoliberalen Vergesellschaftung‘ des Kletterns durch Klaus Weber. (von Michael Wendt) – Nachlese zur Diskussion (zusammengestellt von Martin Fochler und Johannes Kakoures)

Es ist immer schwierig, über ein Thema zu reflektieren, das für – egal ob viel oder wenige – Menschen mit großem persönlichem Enthusiasmus und viel

Leidenschaft verknüpft ist. Umso beachtenswerter ist es, dass ein begeisterter Bergsteiger sich in einem Beitrag einer hier vorzustellenden Broschüre der

Der Stadtwerke/STEAG-Deal – Chancen und Risiken

Gelungene Rekommunalisierung oder kommunale Konzerntätigkeit?

Herausgabekreis
„thema in nrw“

DIE LINKE.
IM REGIONALVERBAND RUHR



20 Seiten DIN A4. Download unter <http://themainnrw.wordpress.com/>. Eine nächste Veranstaltung in der Reihe *thema in nrw* findet zum Thema „Öffentlicher Beschäftigungssektor – eine Option für NRW?“ Anfang Juli statt. Gaues Datum sowie Ort und Referenten demnächst unter o.g. Internetnetadresse

Aufgabe stellt, die mit dem Bergsteigen verknüpften gesellschaftlichen Felder und Entwicklungen zu analysieren. Es wäre irrig zu meinen, dass Prof. Klaus Weber den Versuch unternommen hätte, so etwas wie einen abschließenden Bericht zur Bewertung des Bergsteigens zu geben oder eine Empfehlung für oder gegen Bergsteigen abzuliefern. Im Gegenteil schafft er es, reflektierend Respekt vor der eigenen Entscheidung, welche Sportart eine Person ausüben und in welcher Intensität er sie betreiben möchte, einzufordern.

Im seinem Beitrag behandelt Prof. Weber mit großer Sorgfalt verschiedene systemische Kreise, in die das Bergsteigen als Sportart hineinwirkt und die wiederum in diese Sportarten hineinwirken. Es ist naheliegend, die dem Bergsteigen eigene Zielsetzung des Gelingens eines Aufstiegs unter Bewältigung der am Wege auftauchenden Hindernisse parallel zu einem Aufstieg im gesellschaftlichen, enger noch: im Berufsleben zu betrachten. Jede Sportart schult Verhalten, Präsentation und Bewältigungsstrategien, die ohne Zweifel im anderen Leben als dem des Sports gebraucht werden. Es ist eine große Leistung von Prof. Weber, aufzuzeigen, wie sich die Sportart Bergsteigen aktuell darstellt und welche Veränderungen auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklung auffällig sind. Z.B. weist er auf die Individualisierung und das in der Öffentlichkeit stark favorisierte Einzelkämpfertum, wie es sich in den letzten Jahren zeigt, hin und dass



Foto: Prof Dr. Klaus Weber

Die gute Seite des Bergsteigens

dies ein krasser Gegensatz dazu ist, was viele mit dem Bergsteigen verbindet: das Aufeinander-Verlassen-Können und Zielerreichung durch Kooperation.

Die Leistung des Beitrags von Prof. Weber zu dieser Thematik kann eigentlich nur ermessen werden, wenn man um die hartnäckige Entschlossenheit weiß, mit der Aktive (und Anhänger) einer Sportart jede Form der Reflexion als totalen Angriff abwehren. Die „kritischen Anmerkungen“ von Michael Wendl zum Beitrag von Prof. Dr. Klaus Weber fordern m.E. genau das, was nicht gefordert werden darf: ein Entweder / Oder, ein Dafür / Dagegen in der Frage der Charakterisierung und Einordnung einer Sportart. Insbesondere empfinde ich als ärgerlich, wenn Wendl Weber eine „Theoriesalat“ vorwirft: als ob es eine (Betonung auf eine!) Theorie des Bergsteigens geben könne, die dann für alle „kaptialismuskritischen“ Menschen maßgeblich wäre.

Die „Nachlese zur Diskussion“ gibt zahlreiche Anregungen für die weitere Diskussion. Sport ist auf vielen Ebenen und in vielerlei Hinsicht mit politischen Entscheidungsebenen verknüpft. Die gestalterische Bedeutung von Sport für Heranwachsende spielt bei der Ausprägung gesellschaftlicher Realität eine große Rolle. Die Schnittstellen zur Wirtschaftstätigkeit von Betrieben, deren Produkt als Sport daherkommt,

mit dem, was es an davon unabhängiger Sportbewegung gibt, kompliziert das Thema weiter. Unterschiedliche Bedürfnisse und aus der Lebenssituation herrührende Anforderungen an Sport, Natur, Nutzung von Sportstätten können bei politischen Entscheidungen eine gewaltige Rolle spielen.

Es ist festzustellen, dass in den Kreisen der Sportbegeisterten das Bedürfnis wächst, sich mit der eigenen Sportart (Stichwort hausgemachte

Probleme), mit dem Sportsystem und den Wechselwirkungen zwischen Sport und Gesellschaft auseinander zu setzen. Dafür liefert diese Broschüre zahlreiche beachtenswerte Untersuchungsergebnisse, Diskussionsbeiträge und Literaturhinweise und kann allen, die am Sport, seiner Verschränkung mit der Politik interessiert sind, und natürlich den Bergsportbegeisterten wie auch den Kritikern empfohlen werden.

•

Teil 2: Zur Münchner Olympiabewerbung

Olympiabewerbung: Wer zahlt die Zeche? (Interview mit Brigitte Wolf und Prof. Dr. Klaus Weber) – „Der den Gebrauch der Vernunft nicht hat ...“ Bericht von einer Veranstaltung der Linken. (Von Johannes Kakoures) – Olympische Spiele 2018: München wird zum Wintersport-Mekka. (Von Prof. Dr. Klaus Weber)

Die drei Beiträge im zweiten Teil der Broschüre geben Aufschluss über die Gemengelage bezüglich der gutsherrlich entschiedenen Bewerbungsoption für die Olympischen Spiele 2018 in München. Es werden viele Informationen, natürlich auch politische Einschätzungen gegeben über Hintergründe und Abläufe dieser Bewerbung. Selbst wenn man sich diese Spiele als sportliches Ereignis

mit in sportlicher Hinsicht Vorbild- und Anreizcharakter für den Nachwuchs durchaus im Lande mal wünschte, bekommt man doch einen Eindruck, warum es auch gute Gründe gibt, gegen diese Bewerbung, gegen die Art und Weise der Planung und Beschlussfassung und auch gegen die konkrete Vorstellung der Durchführung der Spiele zu sein.

Eva Detscher

Die Broschüre (20 Seiten DIN A4) wird herausgegeben vom Forum Linke Kommunalpolitik München e.V., sie wurde vom den Kurt- Eisner-Verein für politische Bildung – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern gefördert. Download: http://www.flink-m.de/uploads/media/110406_SR_18_SportKulturKultOlympia.pdf

Rezension – Michael Lewis, *The Big Short*, Campus Verlag 2011, 319 Seiten, 24,90 Euro.

„Düsseldorf. Die dummen Deutschen“

Michael Lewis zu Akteuren der globalen Finanzmarktkrise

„Gier und Wahnsinn im Herzen der Finanzwirtschaft. Der Nr. 1-Bestseller aus den USA“. So preist der Campus-Verlag das jetzt in deutscher Sprache erschienene Buch des US-Wirtschaftsjournalisten Michael Lewis „The Big Short“. In den USA ist der Autor eine bekannte Größe. Nach mehreren Hochschulabschlüssen in Ökonomie war der 1960 geborene Autor mehrere Jahre im Investmentbanking tätig, bevor er Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts zum Sachbuchautor wechselte und sich seitdem kritisch vor allem mit der US-Finanzindustrie und ihren Praktiken befasst.

Eine „Short“-Position hat im Jargon der Finanzindustrie der Verkäufer eines Wertpapiers, das sich nicht in seinem Besitz findet. Mit diesen „Leerverkäufen“ wird auf den Wertverfall von Finanztiteln spekuliert. „The Big Short“ meint also Personen oder Unternehmen, die ein großes Geschäft aus dem Wertverfall von Finanztiteln machen.

„The Big Short“ stand monatelang auf Platz 1 der Bestsellerlisten der New York Times. Es schildert die globale

Finanzmarktkrise der letzten Jahre und ihre Vorgeschichte aus der Perspektive von Insidern in den USA. Man muss den reißerischen Stil des Autors nicht mögen. Aber die Lektüre lohnt sich. Am Ende bleibt der beklemmende Eindruck, wie gefährlich lineare Logik im Wirtschaftsleben sein kann, wie bedenkenlos mächtige Wirtschaftsakteure gelegentlich handeln und wie nahe Geschäft und Verbrechen auch heute noch sind.

Eine „amtliche“ Geschichte der Finanzmarktkrise erschien vor kurzem, am 13. April, als 650 Seiten starker Abschlussbericht eines Untersuchungsausschusses des US-Senats (in englisch herunterzuladen unter <http://www.spiegel.de/media/0,4906,25692,00.pdf>). Zwischen 2004 und 2008, so dieser Bericht, verkauften insbesondere die großen New Yorker Investmentbanken, aber nicht nur diese, weltweit sogenannte RMBS-Papiere (auf privaten Hauskrediten in den USA basierende Schuldscheine) in Höhe von unglaublichen 2.500 Milliarden US-Dollar und CDO-Papiere (mit unterschiedlichsten Forderungen „besicherte“ Wertpapie-

re) im Volumen von weiteren 1.400 Milliarden Dollar.

Michael Lewis schildert diesen Vorgang aus Sicht einiger US-Finanzmanager, die schon lange vor Ausbruch der US-Immobilien- und der darauf folgenden globalen Finanzmarktkrise den Zusammenbruch dieses Geld- und Häusermarktes erwartet hatten, als Manager mehrerer Geldfonds hohe Wetten auf diesen Zusammenbruch eingegangen waren und damit am Ende ein Riesengeschäft machten – „The Big Short“ eben.

„Wir haben Wochen gebraucht, um dieses System zu durchschauen, weil es so bizarr war“, berichtet einer der befragten Manager. „Doch als wir tiefer in die Materie einstiegen, wurde es uns klar: Verdammte Scheiße, das ist der blanke Wahn. Das ist Betrug. Vielleicht lässt sich das nicht vor Gericht beweisen, aber es ist und bleibt Betrug.“

Ein Betrug, der Regeln hatte. Zum Beispiel die großen Rating-Agenturen. Zwischen 2004 und 2007, so der schon erwähnte Bericht des US-Senats, stufen allein die beiden großen Rating-Agenturen Moody's und S&P, angeblich als „Überwacher“ der Geldmärkte tätig, Zehntausende solcher RMBS und CDO-Wertpapiere ohne angemessene Prüfung als angeblich „sicher“ ein, gaben ihnen das begehrte „AAA“-Siegel“

und halfen so Investmentbanken, diese in Wirklichkeit hochriskanten Papiere weltweit zu verkaufen. Das Geschäft zwischen Rating-Agenturen und Investmentbanken beruhte auf gegenseitigem Vorteil. Die Rating-Agenturen erhielten für jedes „AAA“-Rating beträchtliche Gebühren von den Investmentbanken und waren deshalb interessiert, von so guten Gebührenzahlern auch in Zukunft deren Wertpapiere zum Rating vorgelegt zu bekommen. Gebühren an die Rating-Agenturen gegen AAA-Rating für die Investmentbanken und ihre Papiere, so lautete die einfache geschäftliche Gleichung.

Wer kaufte solche Papiere? Laut Michael Lewis und Senatsbericht (fast) die ganze Welt. Michael Lewis schildert in seinem Buch ein Gespräch mit dem damals wichtigsten „CDO-Händler“ der Deutschen Bank in New York, einem gewissen Greg Lippmann. Auf die Frage, wer solche Schrottpapiere kaufe, soll Lippmann wörtlich geantwortet haben: „Düsseldorf. Die dummen Deutschen. Sie glauben den Ratingagenturen. Sie glauben an die Regeln.“ (S. 119) Gemeint ist: alle Dummen dieser Welt. Die, die schon immer betrogen werden wollten. Und eine Ballung von Wettverlierern und skandalgeschüttelten Banken gab es in Düsseldorf: IKB, WestLB, Ärzte- und Apothekerbank, Düsseldorfer Stadtparkasse, Citibank, Düsseldorfer Hypothekenbank.

Wer Stoff sucht, um Anhänger der neoklassischen Angebotsökonomie von ihrem Glauben an die Harmonielehren dieser Schule der Ökonomie zu heilen (transparente Märkte, informierte Verbraucher, Tendenz der Märkte zum Ausgleich und Gleichgewicht etc.), der findet in dem Buch von Lewis genug davon. Und wer das Lippmann-Zitat nicht glauben will, sei an den Bericht des US-Senats verwiesen. Da taucht dieser Herr mit ganz ähnlichen, wörtlichen Zitaten aus seiner dienstlichen Korrespondenz auf. Der US-Senat hat für seinen Bericht nicht nur 150 Zeugen vernommen, sondern auch Millionen Dokumente, Mails und Schriftstücke praktisch aller großen US-Investmentbanken, der Deutschen Bank, der Schweizer Banken, des US-Versicherungskonzerns AIG und anderer Akteure ausgewertet. Schon Anfang 2007 bezeichnete Lippmann nach dem Senatsbericht in internen Mails der Deutschen Bank Papiere, die damals von seiner Bank unter so wohlklingenden Namen wie „Edelstein Nr. 7“ als „CDO“ oder „RMBS“ verkauft wurden, als „Mist“, „Säue“ usw. Zynischerweise kann die Deutsche Bank froh sein, einen solchen Händler in ihren Reihen gehabt zu haben. Denn weil Lippmann das Spiel im Unterschied zu anderen Akteuren früh durchschaute, verschaffte er der Bank vor Ausbruch der Krise eine große Zahl von Versicherungen

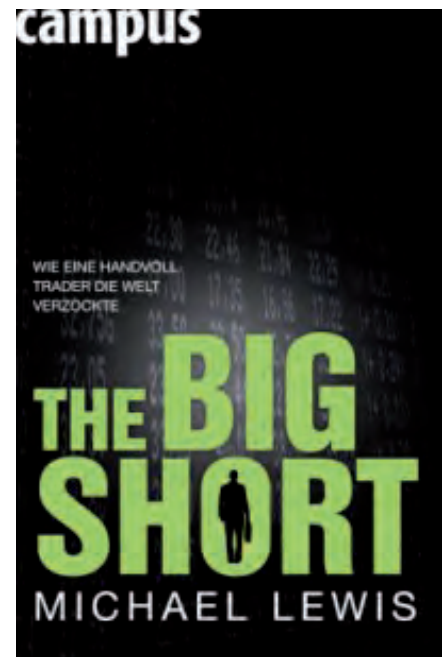
gegen den Wertverfall ihrer eigenen Papiere und trug so dazu bei, dass die Bank relativ glimpflich durch die Krise kam. Inzwischen, so „Spiegel-Online“ vom 15. April 2011, hat Lippmann die Deutsche Bank verlassen und managt einen großen Hedgefonds.

Lineare Logik und keine Kontrolle

Warum konnte sich die US-Immobilienblase und die damit verbundene Finanzmarktblase so aufblähen und so einen gigantischen Schaden anrichten?

Laut Michael Lewis war das Geschäft mit Wertpapieren – anders als der Aktienmarkt und der Markt für Staatsanleihen – in den USA schon lange extrem intransparent und fast völlig unkontrolliert. Hinzu kommt, dass in den USA das Wort „Mieterschutz“ ein Fremdwort ist. Zugang zu Wohnraum erhält man dort in der Regel nur durch Kauf. Als nun – ungefähr zu Beginn der Regierung Bush, in den Jahren 2000, 2001 – ein kontinuierlicher Anstieg der Häuserpreise beobachtet wurde, begannen Sparkassen und Banken in den USA, Kunden für ihre Kredite mit zunehmend riskanten Krediten zu ködern. Zum Beispiel mit Krediten, bei denen der Kunde zwei, drei Jahre lang keinen Penny tilgen muss. Faktisch zahlen solche Kreditnehmer nur Zinsen, so wie hierzulande Mieter ihre Miete. Nach drei Jahren kündigten sie den Kredit, verkauften ihre, wenn sie Glück hatten, im Preis gestiegene Wohnung wieder mit Gewinn und kauften die nächste – wieder gegen Kredit. Solange die Preise für Wohnraum stiegen, funktionierte das Geschäft. Wenn gleichzeitig solche örtlichen Banken von den großen Investmenthäusern im Hintergrund solch riskante Kredite abgenommen bekommen und mit neuer Liquidität für die Ausgabe ähnlich riskanter neuer Hypothekenkredite versorgt werden, erscheint das ganze beinahe wie ein Perpetuum Mobile: Der (durch die Investmenthäuser mit ständig steigender Liquidität versorgte) Häusermarkt boomt, die Preise steigen, die Hypothekenkredite florieren, darauf basierende Wertpapiere werden weltweit verkauft und (scheinbar) alle verdienen. Bis die Blase platzt.

Die Akteure, die Lewis für sein Buch befragte und die gegen diese Blase spekulierten, unterscheiden sich von den großen Investmentbankern und den Rating-Agenturen nur in einem Punkt: Sie glaubten keiner linearen Logik. Sie waren nicht völlig im „Raumschiff“ Finanzmarkt und seinen angeblich mathematisch kontrollierbaren Risikoregeln eingekapselt und fern jeder ökonomischen Wirklichkeit. Sie glaubten nicht, dass sich dieses Rad immer weiter dreht, dass die US-Häuserpreise immer weiter nach oben steigen. Sie gingen davon aus: Irgendwann platzt diese Blase. Und sie behielten recht.



Emile Zola hat in seinem Buch „Das Geld“ die Geschichte einer Spekulation im Paris des 19. Jahrhunderts eindringlich geschildert und deutlich gemacht, wie ein solcher „Run“ irgendwann scheinbar alle Welt mitreißt, bevor dann fast alle untergehen. Bei der Deutschen Bank galt das Buch von Zola deshalb zeitweise als warnende Pflichtlektüre. Das muss lange her sein.

Michael Lewis schildert die moderne Version eines solchen „Runs“, dieses Mal ein Geschäft, das vor allem von den großen US-Investmentbanken immer schneller, immer größer und immer bedenkenloser betrieben wurde. Diese Investmenthäuser bestehen heute fast alle nicht mehr. Banken wie Bear Stearns, Lehmann Brothers, Washington Mutual und andere sind untergegangen. Andere wie Merrill Lynch wurden aufgekauft. Die Citigroup, zu Beginn der Krise noch die größte Bank der Welt, ging beinahe Pleite. Der damals weltgrößte Versicherungskonzern, die US-Versicherung AIG, musste von der Regierung mit fast 100 Milliarden Dollar vor dem Bankrott gerettet werden. Die für das Desaster verantwortlichen Investmentbanker – vor Jahren noch als „Masters of the Universe“, als „Herren des Universums“ in der Wirtschaftspresse gefeiert – stürzten die USA in die größte Wirtschaftskrise ihrer Geschichte und das globale Finanzwesen an den Rand des Zusammenbruchs. Mehr als sieben Millionen Menschen verloren allein in den USA ihren Job. Millionen wurden obdachlos und sind es zum Teil noch heute.

Das Buch von Michael Lewis lohnt sich, auch wenn es nur Teilbereiche der Krise aus der Nahperspektive schildert. Am Ende fragt man sich: welche Lehren wurden daraus wirklich gezogen? Wann kommt der nächste Knall?

Rüdiger Lötzer

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Sicherungsverwahrung verfassungswidrig! • Gegen Vorrats-Datenspeicherung • Migrationsbilanz negativ • DGB zum 1. Mai: Würde von Arbeit wieder Respekt verschaffen • Barack Obama: Der Präsident der USA macht einen Fehler	
Eine Regierung sucht ihr Volk	4
Waldorf-/Rudolf-Steiner-Schulen in Baden-Württemberg: Wer ist das?	
Ostermarsch 2011: Die neue Devise heißt: „Tod für die Welt“!	6
Die Nato in Libyen	8
Auslandsnachrichten	8
15000 bei Demo in Graz • Luftverkehrsgewerkschaften gründen Gewerkschaftsrat • Argentinien: Weibliche Flugzeugbesatzung • Kolumbien: Entschädigung der Opfer • Attacken gegen Gewerkschaften in Bahrain	
Aktionen ... Initiativen	10
Tausende bei Anti-Atom-Protesten, weitere Aktionen • Demonstration gegen Nazi-Gewalt in Winterbach • Bayerische Landesregierung lockert leicht die Lagerpflicht • GEW-Protestaktion „Fünf vor Zwölf“ in Berlin • Obstbäume statt CO ₂ -Endlager: Bündnis ruft zu Pflanzungen auf • BRD/Österreich: Strommasten und Geiseln für Neonazi Küsse! • Köln stellt sich quer – Aufstehn, hinsehen und dazwischen gehen!	
Hamburg: Stadt selbst machen	12
München: Stadt für alle – alles für alle!	13
Gründungserklärung der „Kölner Allianz für den freien Sonntag“	14
Kommunale Politik	15
Alle Verträge müssen auf den (Wasser-)Tisch: Berlin. • Gesundheitsversorgung auf dem Land: Berlin. • Protestmarsch gegen die Privatisierung städtischer Altenheime: Bochum. • Linke fordert SWK zum Stopp bei Atomstrom auf: Krefeld. • Anfrage: Gibt es noch Privatsphäre für Ein-Euro-Jobber? München. • Diskriminierungsfreies Verfahren einleiten: Oldenburg. • Bildungspaket – kleine Leistung, großer Aufwand – unsichere Qualität: Köln. • Kiel ist kein Gefängnis mehr! Kiel. • Deutscher Städtetag zum Bildungspaket: Berlin. • Energiewende nur mit Kommunen: Berlin.	
Thema Wirtschaftsdemokratie	17
Wirtschaftspresse	17
Der Stadtwerke-/STEAG-Deal – Chancen und Risiken – Gelungene Rekommunalisierung oder kommunale Konzerntätigkeit?	20
Sportklettern – Alpinismus	21
Rezension: Michael Lewis, The Big Short	22

Sommerschule der Linke ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung von Donnerstag, 18. bis Sonntag, 21. August in Erfurt

Kurs Philosophie

Der Arbeitstitel lautet: „Aspekte sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche aufgrund computervermittelter Netzwerke und Kommunikationsprozesse“.

AG Internationale Politik:

Im Rundschreiben der ArGe vom November 2010 hatte die AG Internationale Politik „Themenschwerpunkte der Diskussion und für die weitere Arbeit am Thema EU“ veröffentlicht. Zwei Hauptschwerpunkte darunter waren: Analyse der Entwicklung und der aktuellen deutschen Politik zu den „drei Säulen“ der EU (Europäische Gemeinschaft, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit“). EU, Strategiediskussion nach dem Verfassungsgerichtsurteil – wie positioniert sich die Linke? Beide Themen wird die AG in der Sommerschule weiter bearbeiten.

Kurs Wirtschaft

Allmendegüter: Die Nutzung öffentlicher Güter im Widerstreit von Gruppeninteressen. Öffentliche Güter werden öffentlich bereitgestellt, die Nutzung erfolgt durch letztlich durch einzelne Personen oder durch zusammenhängende Personengruppen. Einander ausschließende Nutzungen und – namentlich bei Naturgütern – zerstörende Nutzung schaffen im gesellschaftlichen Raum verfahrenre Situationen, die autoritäre Staatseingriffe legitimieren. Wir wollen uns im Sommer mit Fragen der gemeinschaftlichen Nutzung von öffentlichem Güter bzw. des gemeinsamen Eigentum von Nutzergruppen beschäftigen. Wir werden dabei Texte zu Rate ziehen, die in unserer Diskussion bereits eine Rolle gespielt haben, so Charles B. Blankart, (Finanzwissenschaft, Vahlen, München 2008) und „Handbuch Sozialraum.“ (VS-Verlag, Wiesbaden 2005). Zudem möchten wir uns auch auf Arbeiten von Elinor Ostrom stützen, die in deutscher Übersetzung vorliegen. Elinor Ostrom wurde 2009 als erster Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt, gemeinsam mit Oliver E. Williamson. Ostrom habe gezeigt, „wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann“, so heißt es in der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften. Elinor Ostrom (* 7. August 1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA) ist Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Sie zählt mit ihrem Mann Vincent Ostrom zu den Begründern der Bloomington School.

Anmeldung / Informationen: Die Sommerschule findet von Donnerstag bis Sonntag, 18. bis 21. August 2011, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Sonntag ca. 12 Uhr. Die ArGe-Mitgliederversammlung findet voraussichtlich am Freitagabend, 19. August, 19 Uhr, statt.

Wir tagen wieder in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingensteinstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingensteinstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Bahn: Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-Zentrum, -Waltersleben, dann in Richtung Erfurt, in Erfurt Richtung Innenstadt fahren (bis Kreuzung Kaffeetrichter), dort links abbiegen, über die Schillerstraße (B 4 und B 7), in der Pförtchenstraße links abbiegen, nach ca. 400 m befindet sich die JH auf der linken Straßenseite auf Ausschilderung JH achten).

Die Kosten für Ü/F betragen 26,00 Euro + 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Wir sind als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen sind deshalb nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805 möglich.

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

(In der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte war versehentlich ein falsches Datum für die Sommerschule angegeben, wir bitten das zu entschuldigen)

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 2. Juni 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 27. Mai.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 2. Juni, 30. Juni, 28. Juli, 8. September.